



Antisemitische Vorfälle in Nordrhein-Westfalen 2023



RIAS Nordrhein-Westfalen
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Nordrhein-Westfalen

Impressum

Herausgeber_innen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW)
Bankstr. 57, 40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 822 66 03 33
E-Mail: info@rias-nrw.de

Düsseldorf, 1. Auflage Juni 2024

Dieser Jahresbericht kann auf www.rias-nrw.de kostenfrei heruntergeladen werden.

V.i.S.d.P. Jörg Rensmann, Verein für Aufklärung und demokratische Bildung e.V. (VAdB e.V.), Bankstr. 57, 40476 Düsseldorf

Konzept und Redaktion Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW)

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Bildnachweis Sofern nicht anders angegeben, verbleiben die Bildrechte bei RIAS NRW bzw. dem VAdB e.V..

Urheberrechtliche Hinweise

© 2024 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar an RIAS NRW geschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Webseiten sind stets die jeweiligen Anbieter_innen oder Betreiber_innen der Seiten verantwortlich.

Schutzgebühr Es wird keine Schutzgebühr erhoben.

Titelseite Bet ist der zweite Buchstabe im hebräischen Alphabet und verweist darauf, dass es sich bei der vorliegenden Publikation um den zweiten Jahresbericht von RIAS NRW handelt. Die Gestaltung basiert auf einem von RIAS Berlin beim VdK – Verein für Demokratische Kultur e. V. entwickelten Format.

Gender_Gap RIAS NRW benutzt den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Originalschreibweisen in Zitaten sowie in Gastartikeln werden beibehalten.

Inhaltsverzeichnis

Vorworte	2
Zusammenfassung: Antisemitische Vorfälle in NRW 2023	6
Statistische Darstellung	8
Beispiele und Analysen antisemitischer Vorfälle	14
Auswirkungen des Hamas-Massakers vom 7. Oktober 2023 in NRW	37
Jüdische Perspektiven auf den 07. Oktober aus NRW	57
Über RIAS NRW	64
Anhang: Datengrundlage und Arbeitsweisen	66

Vorwort

Die Aufhellung des Dunkelfeldes Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor dringend notwendig, wie die Gesamtzahl der im Jahr 2023 bei RIAS NRW eingegangenen Meldungen zeigt. Doch von besonderer Tragweite sind die Auswirkungen des terroristischen Angriffs der Hamas in Israel am 7. Oktober auch auf die Lage in Nordrhein-Westfalen.

Der 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur für Jüdinnen_Juden weltweit, in Israel, in Deutschland und somit auch in NRW - einen Einschnitt für Sicherung und Sicherheit jüdischen Lebens hier. Noch nie seit dem präzedenzlosen Massenmord an den Jüdinnen_Juden Europas, der Schoa, wurden so viele Jüdinnen_Juden an einem einzigen Tag ermordet. Mehr als 1.200 Israelis wurden von der Terrororganisation Hamas massakriert, mehr als 200 als Geiseln entführt, unzählige Frauen strategisch und gezielt vergewaltigt. Selten wird über das vernichtungsantisemitische Motiv dieser Tat gesprochen, obwohl wir aus der deutschen Geschichte wissen, was Antisemitismus in letzter Konsequenz bedeutet. Und was es heißt, wenn er als Ziel und Programm exekutiert wird, in diesem Fall von einer mörderischen Terrororganisation, deren staatliche Finanziere und Förderer in Teheran sitzen. Die Überlebenden des 7. Oktober fordern uns durch ihre Zeugnisse nicht nur dazu auf, niemals zu vergessen, sondern auch das „Nie wieder ist jetzt“ in gesellschaftliche Praxis umzusetzen.

Seit dem 7. Oktober hat RIAS NRW im Vergleich zum Vorjahr ein Vielfaches an antisemitischen Vorfällen registriert; über die wir in diesem Jahresbericht ausführlich berichten.



Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit, die richtigen Schlüsse aus den Erhebungen unseres Jahresberichts zu ziehen. Die Anzahl der antisemitischen Vorfälle pro Tag, pro Woche, pro Jahr steht nicht im luftleeren gesellschaftlichen Raum. Es sollte keinen einzigen Tag der Unsicherheit für Jüdinnen_Juden in Deutschland geben. Anhand dessen, was sich an Antisemitismus in der Öffentlichkeit, aber auch von Angesicht zu Angesicht in aller verbalen Drastik an Gewalt entlädt, können wir sehr genau erkennen, wo akuter Handlungsbedarf besteht. So ist der „zeitgemäße“ Antisemitismus von heute der israelbezogene Antisemitismus, häufig in Kombination mit dem Post-Shoah-Antisemitismus. Hier liegt die größte Herausforderung für Prävention und Intervention. Antisemit_innen unterscheiden bekanntlich nicht zwischen ihren Opfern, für sie repräsentieren auch in Deutschland lebende Jüdinnen_Juden häufig den Staat Israel.

Jetzt spätestens sollten als kategorischer Imperativ nach Auschwitz Prävention und Intervention gegen Antisemitismus höchste gesellschaftliche Priorität haben. Hier sind im buchstäblichen Sinne alle Demokrat_innen über Parteigrenzen hinweg gefragt, die Politik ebenso wie die Zivilgesellschaft.

Team RIAS NRW

Vorwort

Antisemitismus ist ein immer wiederkehrendes Phänomen, welches den Betroffenen stets als Befindlichkeit abgesprochen wird. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft wollte lange nichts von Antisemitismus wissen oder bestreitet immer noch, dass es ihn inmitten der Gesellschaft gibt. In meinem Umfeld kenne ich jedoch keine jüdische Person, die noch nie Antisemitismus erfahren hat. Es ist ein schmerzhaftes Problem, mit dem viele Jüdinnen und Juden weltweit groß geworden sind. Spätestens seit dem 07. Oktober hat sich dieser Antisemitismus zunehmend für alle Juden verallgegenwärtigt.

Als die Hamas am 07. Oktober unschuldige Zivilisten der israelischen Gesellschaft auf brutalste Weise attackierte, misshandelte und vernichtete, hatten die Jüdinnen und Juden, die außerhalb Israels leben, nicht viel Zeit zu trauern. Wenn in Israel Krieg herrscht, sind alle Jüdinnen und Juden weltweit bedroht. Mit Blick auf die vergangenen „Nahostkonflikte“ war bereits unmittelbar nach der medialen Verbreitung des Massakers abzusehen, dass dieser Krieg in das Interesse der breiten Gesellschaft fällt und Israel schlecht dastehen wird. Bereits zuvor wurden jüdische Personen mit Israel gleichgesetzt und mussten sich für die israelische Regierung rechtfertigen. Heute spüren wir, dass alles und jeder mit einem jüdischen Berührungspunkt von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt wird. Durch die mediale Propaganda erleben wir einen israelbezogenen Antisemitismus, dessen Reichweite keine Grenzen kennt. Jüdische Einrichtungen werden beschädigt, Geschäfte boykottiert und jüdische Personen werden teilweise körperlich bedroht oder sogar angegriffen.

Nicole Pastuhoff
Präsidentin des Jüdischen
Studierendenverbands NRW



Wir erleben weltweit einen ansteigenden Antisemitismus, für den es in Deutschland weiterhin nur sporadisch und mit viel Mühe eine Strafverfolgung gibt. Dies liegt zum einen an dem gesetzlichen Rahmen, jedoch vor allem auch daran, dass es kaum niedrigschwellige Möglichkeiten gibt, um Antisemitismus zu melden und vor Ort das Problem anzugehen. Vielerorts fehlt das sichere Umfeld, um den erlebten Antisemitismus anzusprechen. Jüdische Personen stehen häufig vor der Frage, ob sie durch das Melden von antisemitischen Vorfällen nicht Gefahr laufen, noch mehr Antisemitismus zu erleben. Die fehlenden niedrigschwelligen Meldestellen an Schulen, Universitäten und Arbeitsplätzen führen zu einer hohen Dunkelziffer an antisemitischen Vorfällen. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus leistet nun seit 2022 einen unabdingbaren Dienst in Nordrhein-Westfalen. Mit ihrer unermüdlichen Arbeit leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch nicht nur für die Jüdische Gemeinschaft einen enormen Beitrag. Die Salonfähigkeit des Antisemitismus zeigt den Zustand der Gesellschaft. Je deutlicher wir die Probleme in unserer Gesellschaft benennen können, desto besser können wir gemeinsam gegen diese vorgehen. Umso wichtiger ist es also, dass RIAS konkrete Zahlen sammeln kann, damit Antisemitismus nicht mehr als Befindlichkeit abgetan werden kann.

Zusammenfassung: Antisemitische Vorfälle in NRW 2023

664 antisemitische Vorfälle erfasste RIAS NRW im Jahr 2023. Dies entspricht einer Steigerung von 152 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (264 Vorfälle). Das sind durchschnittlich 13 Vorfälle pro Woche, im Jahr 2022 waren es noch durchschnittlich fünf Vorfälle pro Woche.

Insgesamt wurden zwei Fälle von extremer Gewalt, 16 Angriffe, 16 Bedrohungen, 59 gezielte Sachbeschädigungen, zehn Massenzuschriften, 117 Versammlungen, fünf Diskriminierungen sowie 439 Fälle von verletzendem Verhalten registriert. Besonders erschütternd ist die hohe Zahl antisemitisch motivierter Angriffe und Bedrohungen, die sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt bis verdreifacht hat (2022: fünf Angriffe und sechs Bedrohungen).

Die antisemitischen Vorfälle, bei denen direkt Betroffene ermittelt werden konnten, richteten sich im Jahr 2023 in 176 Fällen gegen Einzelpersonen und in 200 Fällen gegen Institutionen. In 60 Prozent der Fälle mit direkt Betroffenen, also in 106 Vorfällen, waren die Personen jüdisch, israelisch oder als solche adressiert. 200 Vorfälle richteten sich gegen Institutionen, davon 41 gegen jüdische Einrichtungen. In 288 Fällen wurden antisemitische Äußerungen oder Handlungen ohne direkt Betroffene erfasst. Darunter fallen beispielsweise Schmierereien, Aufkleber oder Versammlungen.

Mit 372 Vorfällen war der israelbezogene Antisemitismus im Jahr 2023 die mit Abstand am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform. 82 Prozent dieser Vorfälle ereigneten sich nach dem 07. Oktober. Sie äußerten sich vor allem in der Delegitimierung und Dämonisierung Israels oder darin, dass Jüdinnen_Juden in NRW persönlich für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht wurden. Während der israelbezogene Antisemitismus im Jahr 2022 noch rund 33 Prozent ausmachte, kam er im Jahr 2023 in 56 Prozent aller erfassten Vorfälle vor.¹

1 Eine umfassende Analyse des Vorfallesgeschehens nach dem 07. Oktober kann ab S. 37 nachgelesen werden.

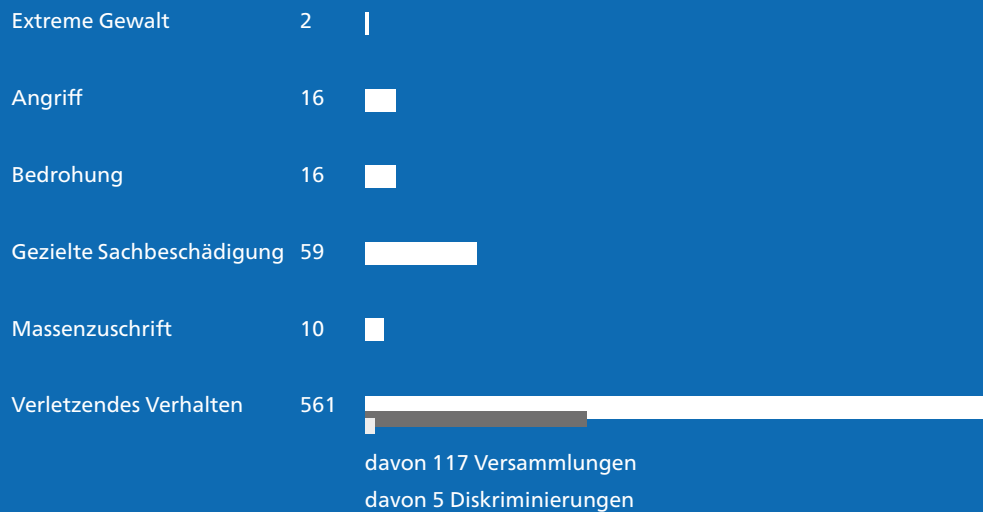
In 206 Vorfällen wurden Narrative des Post-Schoa-Antisemitismus bedient. Eine Erscheinungsform, die sich in Form von Leugnung, Relativierung oder Bagatellisierung der Schoa artikuliert. Häufig berührt ein Vorfall mehr als eine Erscheinungsform, so dass im Jahr 2023 vor allem israelbezogener Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus in 74 Fällen in Kombination auftraten. In 206 Vorfällen wurde das sogenannte antisemitische Othering erfasst, bei dem Jüdinnen_Juden als der Mehrheitsgesellschaft „fremd“ oder „nicht zugehörig“ beschrieben werden. Die Erscheinungsform des modernen Antisemitismus trat in 85 Fällen auf und ist insbesondere durch Verschwörungsmythen gekennzeichnet, etwa wenn Jüdinnen_Juden eine besondere Macht oder eine vermeintliche „Weltverschwörung“ zugeschrieben wird. Religiös begründeter Antijudaismus wurde in 26 Fällen dokumentiert. Zwei Vorfälle konnten keiner Kategorie zugeordnet werden.

Die genannten Erscheinungsformen von Antisemitismus beziehen sich jeweils auf die inhaltliche Aussage oder Handlung, sie lassen jedoch nicht zwangsläufig Rückschlüsse auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter_innen zu, da sich die verschiedenen antisemitischen Erscheinungsformen in den unterschiedlichsten politischen Milieus wiederfinden. Die meisten der 2023 in NRW dokumentierten Vorfälle konnten dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden (13 Prozent), gefolgt vom verschwörungsideologischen Milieu (5 Prozent) und dem rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Milieu (4 Prozent). In jeweils 3 Prozent der Fälle konnte ein linker/antiimperialistischer Hintergrund und ein islamischer/islamistischer Hintergrund festgestellt werden. Der politischen Mitte wurde 1 Prozent der Vorfälle zugeordnet. 0,3 Prozent der Vorfälle waren dem christlich/christlichen Fundamentalismus zuzuordnen. Mit 70,7 Prozent konnte die Mehrheit der erfassten Vorfälle keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden. Dies liegt insbesondere daran, dass RIAS NRW den politischen Hintergrund nur dann erfasst, wenn sich dieser eindeutig aus dem Vorfall ergibt, beispielsweise wenn sich die Täter_innen selbst einem entsprechenden Milieu zuordnen.

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich im Jahr 2023 vor allem im öffentlichen Raum sowie in alltagsprägenden Bereichen. So fanden die meisten Vorfälle auf der Straße (201), in Bildungseinrichtungen (73), in öffentlichen Gebäuden (71) und in öffentlichen Verkehrsmitteln (47) statt. In 58 Fällen wurden Gedenksteine, die an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus erinnern, gezielt angegriffen. In 42 Fällen erlebten die Betroffenen Antisemitismus in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld. Acht Fälle wurden in und an Synagogen dokumentiert. Darüber hinaus wurden Vorfälle in Stadien (20), im Gewerbe (16), am Arbeitsplatz (9), in öffentlichen Grünanlagen (9), auf Privatgelände (9), in der Gastronomie (7), in Geschäftsstellen (6) und an jüdischen Friedhöfen (3) erfasst. 75 Vorfälle ereigneten sich im Internet. Zehn Vorfälle fielen unter die Kategorie „Sonstiges“.

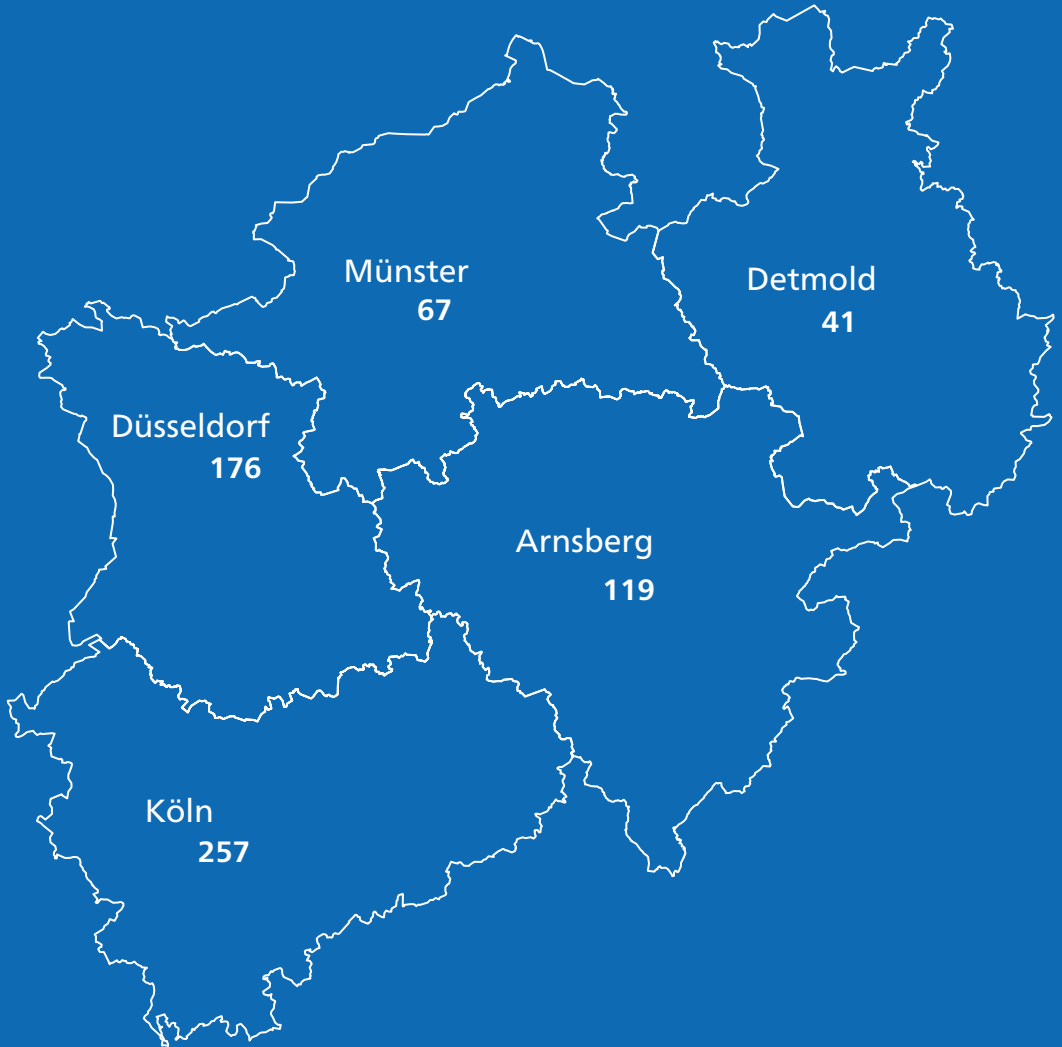
Statistische Darstellung

Nach Art des Vorfalls



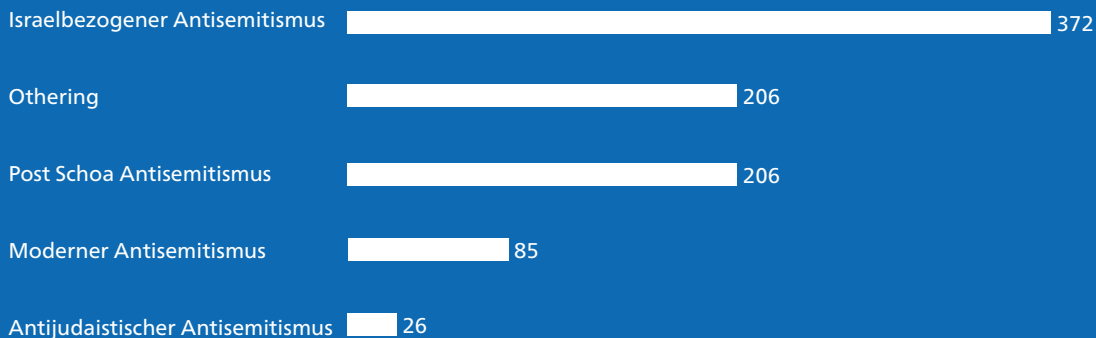
Geografische Verteilung

664 Vorfälle
insgesamt



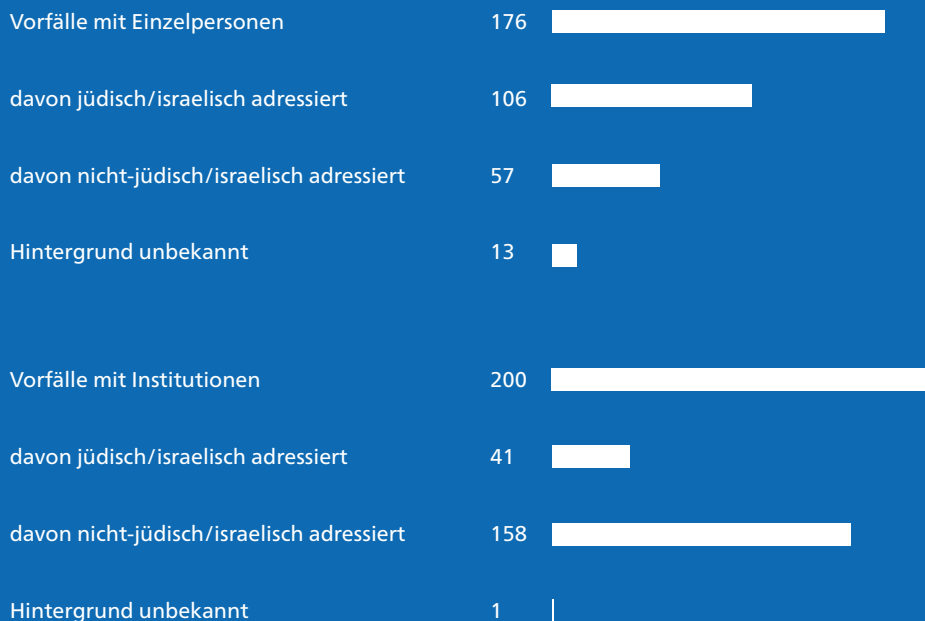
Vier Vorfälle konnten keinem Regierungsbezirk zugewiesen werden.

Erscheinungsformen

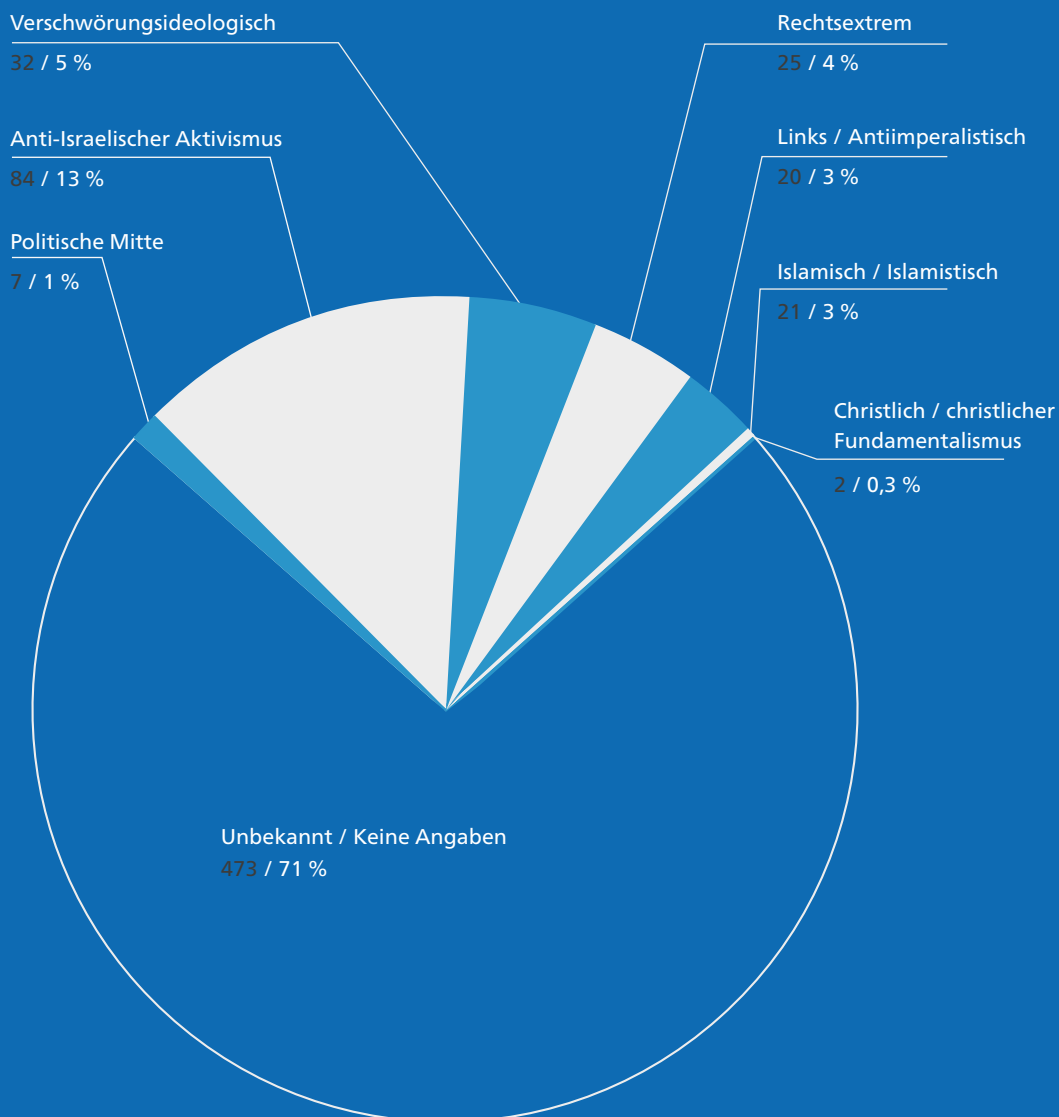


Häufig können antisemitische Aussagen im Rahmen eines Vorfalls mehrfach klassifiziert werden. Deshalb ist die Anzahl von Zuordnungen größer als die Anzahl der insgesamt dokumentierten Vorfälle.

Vorfälle mit Betroffenen



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund



Auf Grund von Rundungsdifferenzen beträgt die Gesamtsumme 100,3%.

Tatort

Straße	201	
Internet	75	
Bildungseinrichtung	73	
öffentliches Gebäude	71	
Gedenkort	58	
öffentliche Verkehrsmittel	47	
Wohnumfeld	42	
Stadion	20	
Gewerbe	16	
Sonstiges	10	
Arbeitsplatz	9	
Privatgelände	9	
öffentliche Grünanlagen	9	
Synagoge	8	
Gastronomie	7	
Geschäftsstelle	6	
Friedhof	3	...

Offline : 589

Online: 75*

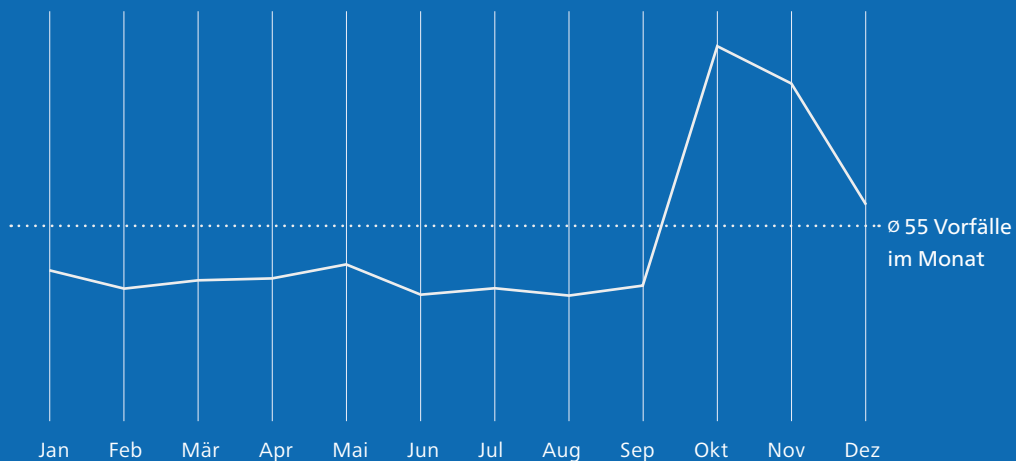
* erfasst werden nur persönlich adressierte Anfeindungen und mit NRW-Ortsbezug

Vorfälle nach Monaten

Jahr	2023
Januar	32
Februar	22
März	26
April	28
Mai	34
Juni	21
Juli	23
August	17
September	26
Oktober	191
November	165
Dezember	79
Gesamt	664

*Durchschnitt pro Monat in den
Monaten Januar bis September: 25,4*

*Durchschnitt pro Monat in den
Monaten Oktober bis Dezember: 145*



Beispiele und Analysen antisemitischer Vorfälle

Im Folgenden werden die von RIAS NRW verwendeten Vorfallskategorien zunächst definiert, anschließend anhand der 2023 erfassten Vorfälle analysiert und durch ausgewählte Beispiele konkretisiert. Analysiert wurden die Vorfallskategorien extreme Gewalt, Angriff, Bedrohung, gezielte Sachbeschädigung, verletzendes Verhalten und Massenzuschriften.

EXTREME GEWALT

Als extreme Gewalt gelten physische Angriffe, Anschläge oder Anschlagsversuche, die den Verlust von Menschenleben oder schwere Körperverletzungen zur Folge haben können. Dazu gehören auch Entführungen, Messerstechereien oder Schießereien.

Im Jahr 2023 wurden in Nordrhein-Westfalen zwei Vorfälle extremer Gewalt erfasst. Die Vorfälle ereigneten sich an zwei aufeinander folgenden Tagen im Oktober. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2023 weniger Vorfälle extremer Gewalt registriert (2022: 4 / 2023: 2).² Im vergangenen Jahr richteten sich die beiden erfassten Fälle extremer Gewalt gegen jüdische Privatpersonen, die in ihrem Wohnumfeld angegriffen wurden:

Ruhrgebiet, 20. & 21. Oktober

Das Wohnhaus einer jüdischen Familie im Ruhrgebiet wurde in zwei aufeinander folgenden Nächten mit bengalischen Fackeln beworfen. In der ersten Nacht vermutete die Familie, dass sich Fußballfans zufällig ihren Garten ausgesucht hätten. Am nächsten Abend wiederholte sich der Angriff, diesmal fingen Gartenutensilien Feuer. Der Familie gelang es, das Feuer zu löschen, bevor es auf den Zaun übergreifen konnte. Die Polizei wurde verständigt und nahm die Ermittlungen auf. Am nächsten Morgen informierte die Polizei die Familie über eine großflächige Schmiererei an der Seite ihres Hauses, von der auch die Bengalos geworfen wurden. Ein Passant hatte die Schmiererei der Polizei gemeldet, noch bevor die Familie sie selbst entdeckt hatte. Das Haus der Familie war großflächig mit oranger Farbe besprüht worden, unter anderem mit: „Fuck Israel“, „Free Palestine“ und „Geld regiert die Welt“.

Es ist kaum vorstellbar, was es für das Sicherheitsgefühl einer jüdischen Familie bedeutet, solchen Angriffen im eigenen Haus ausgesetzt zu sein. Wenn das eigene Wohnumfeld nicht mehr als Schutzraum wahrgenommen werden kann, trägt dies zu einem erhöhten Unsicherheits- und Bedrohungsgefühl bei. Die Täter_innen, zu denen bislang keine weiteren Erkenntnisse vorliegen, nahmen bei ihren Angriffen die Gefährdung von Menschenleben bereitwillig in Kauf.

2 Die vier erfassten Vorfälle dieser Kategorie im Jahr 2022 - dem ersten Jahr der Erfassung durch RIAS NRW - stellen im bundesweiten Vergleich eine sehr hohe Zahl dar. Drei der vier Vorfälle extremer Gewalt standen dabei im Zusammenhang mit einer aus dem Iran gesteuerten Terrorzelle und richteten sich gegen jüdische oder als jüdisch gelesene Einrichtungen im Ruhrgebiet. Siehe hierzu RIAS NRW Jahresbericht 2022: „Eine iranische Terrorzelle in NRW?“, ab S. 35.

ANGRIFFE

Als Angriff gilt jeder körperliche Angriff auf eine Person, der nicht lebensbedrohlich ist und keine starken körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen sich die Betroffenen verteidigen oder flüchten. Als versuchter Angriff gilt auch das Werfen von Gegenständen wie Steinen oder Flaschen, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

In 16 Fällen dokumentierte RIAS NRW im vergangenen Jahr körperliche Angriffe auf Personen. Im Vergleich zu den fünf dokumentierten Angriffen im Jahr 2022 hat sich die Anzahl in dieser Kategorie damit mehr als verdreifacht. Die Betroffenen waren dabei in sieben Fällen jüdisch oder wurden von den Täter_innen als solche adressiert. In drei der sieben Fälle waren die Betroffenen als jüdisch erkennbar, weil sie beispielsweise jüdische Symbole trugen oder den Täter_innen als jüdisch bekannt waren. Die übrigen neun dokumentierten Angriffe auf nicht-jüdische Betroffene ereigneten sich überwiegend im Kontext von Demonstrationen.

Castrop-Rauxel, 9. November

Bei einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Novemberpogrome von 1938 wurde einem Teilnehmer die Israelfahne von der Schulter gerissen und zerrissen.

Werl, 12. November

Eine Gruppe von fünf jungen Männern gröhlte in der Regionalbahn von Soest nach Werl „Es gibt kein Israel“ und „Pro Palästina“. Ein anderer junger Mann forderte sie auf, dies zu unterlassen; es kam zu einem kurzen Streit, dann erhielt der Mann mehrere Faustschläge ins Gesicht. Zwei weitere, bis dahin unbeteiligte junge Männer stellten sich schützend vor den Geschlagenen, erhielten aber ebenfalls Schläge und Tritte. Die fünfköpfige Tätergruppe flüchtete am Bahnhof Werl in verschiedene Richtungen aus dem Zug, ein Täter konnte aufgrund von Zeugenaussagen von der Polizei festgenommen werden.

In mehr als der Hälfte der Fälle ereigneten sich die antisemitisch motivierten Angriffe auf offener Straße (9), gefolgt von öffentlichen Verkehrsmitteln (4) und jeweils einmal an einem Gedenkort, einem öffentlichen Gebäude und in einer Schule. Körperliche Angriffe gehen in der Regel mit massiven Einschränkungen der Lebensqualität der Betroffenen einher, besonders gravierend sind körperliche Angriffe in sensiblen Kontexten wie am Arbeitsplatz oder in der Schule.

Köln, Januar

Ein Schüler wurde von mehreren Mitschülern aus antisemitischen Motiven so massiv körperlich angegriffen, dass er mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Dem Angriff ging ein wochenlanges Mobbing voraus. Aus Gründen des Betroffenen-schutzes wird auf weitere Hintergründe verzichtet.

In einem weiteren Fall in Moers wurde ein jüdischer Betroffener tätlich angegriffen, als er Jugendliche davon abhalten wollte, einen Erinnerungsort für verfolgte Jüdinnen_Juden zu schänden:

Moers, 1. August

Auf der Friedrichstraße in Moers bespuckten drei Jugendliche das Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen_Juden. Einer der drei Jugendlichen brüllte dabei „Ihr dreckigen Juden“. Ein Zeuge beobachtete die Situation und sprach die drei Jugendlichen an. Die Jungen fragten ihn, was ihn das angehe und ob er Jude sei. Wenn nicht, solle er sich „verpissen“. Während der Auseinandersetzung sah einer der drei die Davidstern-Kette des Zeugen, warf daraufhin eine volle Getränkedose nach ihm, die seinen Kopf nur knapp verfehlte. Anschließend rannten die drei in Richtung Wall-Zentrum und riefen ihm antisemitische Beleidigungen zu: „Ich ficke deine Mutter, du Judensohn!“. Der Vorfall ereignete sich an einem belebten Ort in der Moerser Innenstadt. Kein einziger Passant oder Besucher der angrenzenden Außenrestaurants griff ein. Im Gegenteil, ein entgegenkommender Passant meinte, die meldende Person sei der Aggressor gewesen und es seien doch nur harmlose Kinder. Der Betroffene beklagt, dass dies nicht der erste antisemitische Vorfall in der Moerser Innenstadt gewesen sei und er deshalb auf das sichtbare Tragen religiöser Kleidung wie Kippa und Zizit verzichte, um nicht antisemitisch angegriffen zu werden. Vor allem die Untätigkeit der Passanten habe ihn wieder einmal erschreckt. Von einer Anzeige bei der Polizei sah der Betroffene ab, da er bei antisemitischen Straftaten leider nur ernüchternde bis negative Erfahrungen gemacht habe.

Zwei Angriffe konnten dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden, je einer dem islamischen/islamistischen Spektrum und dem linken/antiimperialistischen Milieu. In den übrigen zwölf Fällen lagen nicht genügend Anhaltspunkte für eine sichere Zuordnung zu einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund vor.

BEDROHUNG

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder mündliche Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Konkretheit liegt vor, wenn sich die Bedrohung gegen eine bestimmte Person, Personengruppe oder Institution richtet.

RIAS NRW sind für das vergangene Jahr 16 Bedrohungen im Zuge antisemitischer Anfeindungen bekannt geworden. Im Vergleich zum Vorjahr ist - wie schon bei den Angriffen - ein Anstieg zu verzeichnen (2022: 6 / 2023: 16). Von den 16 Vorfällen antisemitischer Bedrohung richteten sich zehn direkt gegen Personen und sechs gegen Institutionen. In neun Fällen waren die betroffenen Einzelpersonen und Institutionen jüdisch oder wurden als solche adressiert.

In acht Fällen wurde die Bedrohung von Angesicht zu Angesicht ausgesprochen. Weitere antisemitisch motivierte Bedrohungen erfolgten per Post (2), per E-Mail (2), über Soziale Netzwerke (2) und Messenger-Dienste (1) sowie per Telefon (1). Da einer von Angesicht zu Angesicht ausgesprochenen Bedrohung potentiell auch ein körperlicher Übergriff folgen kann, sind solche Bedrohungen für die Betroffenen häufig mit einer besonderen Belastung verbunden. Das folgende Beispiel aus Rheinberg steht für eine solche immanente Bedrohung, die sich im eigenen Wohnumfeld abspielte:

Rheinberg, Oktober & November

Der Heimatverein hatte auf dem Dorfplatz in Ossenberg, einem Ortsteil von Rheinberg, als Zeichen der Solidarität eine israelische Flagge aufgehängt. Diese wurde Ende Oktober gestohlen und der Heimatverein hisste wenige Tage später erneut eine Israelflagge. Daraufhin erhielt der Betroffene, der diese Entscheidung im Namen des Heimatvereins auf Facebook bekannt gegeben hatte, im November zahlreiche Drohungen. Er wurde mehrfach über soziale Medien aufgefordert, die Fahne, die neben einer deutschen und einer ukrainischen Flagge hing, zu entfernen. Auch an seiner Haustür klingelte ein ihm unbekannter Mann und forderte ihn wütend auf, die israelische

Flagge zu entfernen. „Noch komme ich in Frieden“, drohte er. Einige Tage später fand der Betroffene ein Schreiben in seinem Briefkasten, das lediglich die Drohung „Sei vorsichtig, sonst hängst du bald neben der Fahne am Mast“ enthielt. Der Betroffene erstattete Anzeige. Auch die zweite Israelfahne auf dem Dorfplatz wurde gestohlen und der Fahnenmast mutwillig beschädigt.

Auch im öffentlichen Raum kam es vermehrt zu Drohungen, insbesondere im Kontext der israelfeindlichen Demonstrationen nach dem 7. Oktober.

Duisburg, 24. November

Der Betroffene protestierte mit einer israelischen Fahne gegen eine antiisraelische Kundgebung, aus der sich nach kurzer Zeit eine Person löste und dem Betroffenen drohte, er solle mit dem „Scheiß“ verschwinden, sonst würde er ihm die Fahne klauen. Er bedrängte den Mann, bis die Polizei den aggressiven Versammlungsteilnehmer zur Seite nahm, wobei es zu einem Handgemenge mit den Polizeibeamt_innen kam. Fünf Minuten später schloss sich der Mann wieder der Kundgebung an, hielt einen Stein in die Höhe und grinste den Betroffenen an. Er deutete immer wieder an, den Stein auf die meldende Person zu werfen, und machte dann eine „Kopf ab“-Geste. Die Polizei griff erneut ein und erteilte dem Mann einen Platzverweis, der Betroffene erstattete Anzeige.

Neben drei antisemitisch konnotierten Bedrohungen im Wohnumfeld wurden fünf Fälle im Internet, vier Fälle auf der Straße, zwei Fälle in Bildungseinrichtungen sowie je ein Fall in einer Synagoge und in einem öffentlichen Gebäude dokumentiert.

In der Kategorie Bedrohungen gingen diese am häufigsten mit israelbezogenem Antisemitismus (9) einher, gefolgt vom Othering (8), dem Post-Schoa-Antisemitismus (5) sowie dem Modernen Antisemitismus (1). Mehrfachnennungen sind möglich.

Der politische Hintergrund der Täter_innen wurde in zwei Fällen dem antiisraelischen Aktivismus, in zwei weiteren Fällen dem rechtsextremen Milieu und in einem Fall dem linken/antiimperialistischen Milieu zugeordnet. In den übrigen elf Fällen von Bedrohungen konnte kein politischer Hintergrund festgestellt werden. Für die Betroffenen ist es oft besonders verunsichernd, wenn sie nicht zuordnen können, von wem antisemitische Vorfälle ausgehen. Dies führt zu der Wahrnehmung, dass sie potenziell von überall herkommen können.

GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNG

Unter gezielter Sachbeschädigung wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Verschmutzung von Erinnerungszeichen oder -orten, also z.B. Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen.

Im Jahr 2023 dokumentierte RIAS NRW insgesamt 59 antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen im Bundesland. In 23 Fällen waren die betroffenen Einzelpersonen (13) oder Institutionen (10) jüdisch, israelisch oder als solche adressiert. In 36 Fällen waren nicht-jüdische Institutionen wie NS-Gedenkstätten oder zivilgesellschaftliche Organisationen von gezielten Sachbeschädigungen betroffen. Insgesamt waren Institutionen im vergangenen Jahr deutlich häufiger von antisemitisch motivierten Sachbeschädigungen betroffen als Einzelpersonen. In 70 Prozent der Fälle handelte es sich bei den von gezielten Sachbeschädigungen betroffenen Institutionen um NS-Gedenkstätten oder -Initiativen (32 von 46 Vorfällen mit betroffenen Institutionen). Die Beschädigung von Erinnerungsorten an die Schoa ist als Ausdruck von Erinnerungsabwehr zu verstehen: Erinnerungskulturelle Symbole wie Stolpersteine oder Gedenktafeln werden von den Täter_innen als störend empfunden, da sie eine für die Täter_innen ausschließlich positive und ungebrochene Identifikation mit der deutschen Nation beeinträchtigen.

Gelsenkirchen, 17. März

Unbekannte besprühten das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus im Gelsenkirchener Stadtgarten an der Zeppelinallee. Die Täter_innen beschmierten unter anderem die angebrachten Inschriften der Vernichtungslager Auschwitz, Treblinka und Buchenwald mit „Fake Gaskammer“, „Fake Trauer“ und „FCK SPD“. Die Gedenktafel wurde mit den Worten „Lügen haben kurze Beine“ besprüht. Die von einem Passanten verständigte Polizei übermalte die Schmierereien.

Nicht selten sind es gerade diese dezentralen Erinnerungsorte, die immer wieder beschmiert und beschädigt werden, wie dieses Beispiel aus der Stadt Brühl zeigt:

Brühl, Juli bis November

Über mehrere Monate hinweg wurden Stolpersteine, die an jüdische Opfer des Nationalsozialismus erinnern, beschädigt und beschmiert. So wurde zunächst am 20. Juli festgestellt, dass ein Stolperstein in der Uhlstraße mit dem rechtsextremen Zahlencode „88“ („Heil Hitler“)

beschmiert worden war. Knapp zwei Monate später wurden derselbe und ein weiterer Stolperstein mit schwarzer Lackfarbe übersprüht und damit unleserlich gemacht. Am 22. November schließlich wurden drei Stolpersteine in der Kölnstraße mit einer roten Flüssigkeit beschmiert, bei der es sich offenbar um echtes Blut handelte.

Neben Institutionen waren auch jüdische Privatpersonen von antisemitisch motivierten Sachbeschädigungen betroffen: Hier fanden die Sachbeschädigungen in 11 von 13 Vorfällen, als in fast 85 Prozent der Fälle, im eigenen Wohnumfeld statt, was bei vielen Betroffenen mit einem besonders ausgeprägten Gefühl der Verunsicherung einhergeht.

Mönchengladbach, 10. März

Presseberichten zufolge wurde das Schild am und die Tür zum Atelier einer israelischen Künstlerin, die seit 30 Jahren in Deutschland und seit 23 Jahren in Mönchengladbach lebt, unter anderem mit einem großen Hakenkreuz besprüht. Die Betroffene, die in unmittelbarer Nähe wohnt, entdeckte die Schmierereien am Morgen, machte den Vorfall über soziale Medien publik und erhielt nach eigenen Angaben viel solidarischen Zuspruch. Sie selbst erlebte den Vorfall als „großen Schock“ und erstattete Anzeige.

Weitere Sachbeschädigungen richteten sich unter anderem gegen Bildungseinrichtungen (5), Synagogen (3) und jüdische Friedhöfe (2).

Betrachtet man die inhaltlichen Erscheinungsformen, so überrascht es angesichts der zahlreichen Vorfälle an NS-Gedenkstätten nicht, dass die absolute Mehrheit der gezielten Sachbeschädigungen dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen ist (38). Darüber hinaus konnten antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen im vergangenen Jahr häufig dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden (13). Dies betrifft seit dem 7. Oktober insbesondere gezielte Sachbeschädigungen im Wohn- und Arbeitsumfeld von Jüdinnen_Juden, wie das folgende Beispiel aus Köln zeigt³:

Köln, 22. November

Am Morgen des 22. November stellten Mitarbeiter_innen eines israelischen Restaurants fest, dass auf dem Aushang des Restaurants ein Aufkleber angebracht worden war, wodurch das Menü teilweise

3 Eine Analyse der dokumentierten antisemitischen Vorfälle im Wohnumfeld nach dem 7. Oktober findet sich ab S. 39.

nicht mehr zu lesen war. Es handelte sich um einen Aufkleber von Amnesty International, der Israel als Apartheidstaat bezeichnet. Das betroffene Restaurant nahm auf Instagram Stellung und verurteilte den Vorfall „als Boykottaufruf gegen uns, ohne uns oder unsere Hintergründe zu kennen“.

Neben den Erscheinungsformen des israelbezogenen Antisemitismus und des Post-Schoa-Antisemitismus wurden elf Fälle gezielter Sachbeschädigung dem Othering zugeordnet.

VERLETZENDES VERHALTEN

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst alle Vorfälle, bei denen Jüdinnen_Juden oder jüdische Institutionen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text selbst antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Ebenfalls in diese Kategorie fallen antisemitische Äußerungen in Wort und Schrift gegenüber Nicht-Jüdinnen_Juden, antisemitische Schmierereien oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum sowie Demonstrationen oder Kundgebungen unter freiem Himmel oder öffentlich zugängliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, wenn antisemitische Inhalte entweder bei der Versammlung selbst (in Form von Wortbeiträgen, gerufenen Parolen, gezeigten Transparenten oder verteilten Propagandamaterialien) oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind.

Für das Jahr 2023 wurden 561 Vorfälle der Kategorie verletzendes Verhalten zugeordnet, diese Kategorie macht mit fast 85 Prozent den mit Abstand größten Teil der im letzten Jahr dokumentierten Vorfälle aus.

Von den insgesamt 561 Vorfällen von verletzendem Verhalten waren in 130 Fällen Einzelpersonen betroffen, von denen wiederum knapp 60 Prozent Vorfälle mit jüdischen Betroffenen waren.⁴ Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Bundesland NRW weniger als ein Prozent der Bevölkerung jüdisch ist (circa 27.000 Jüdinnen_Juden von insgesamt 18 Millionen Einwohner_innen). Die Tatsache, dass dennoch die absolute Mehrheit der Betroffenen antisemitischer Vorfälle in NRW jüdisch ist, unterstreicht, dass sich Antisemitismus in NRW in erster Linie gegen Jüdinnen_Juden richtet. Unter

4 Die Anzahl der Vorfälle enthält keine Aussage über die Gesamtzahl der betroffenen Einzelpersonen. So kann ein Vorfall mehrere jüdische Personen betreffen oder eine Person kann mehrfach betroffen sein.

den jüdischen Betroffenen finden sich die unterschiedlichsten Altersgruppen, teilweise waren bereits kleine Kinder mit diskriminierendem Verhalten in ihrem sozialen Umfeld konfrontiert:

Regierungsbezirk Köln, 19. Oktober

Die Meldende ist die Mutter eines Jungen, der die dritte Klasse einer Grundschule besucht. Knapp zwei Wochen nach dem Massaker der Hamas in Israel sagte ein Mitschüler zu dem Jungen: „Bist du Palästinenser oder Jude? Ihr habt Palästina angegriffen!“. Außerdem sagte der Mitschüler zum Rest der Klasse: „Wer für Palästina ist, darf nicht mehr neben [Name des Betroffenen] sitzen!“. Dass der Betroffene Jude ist, war der Klasse bekannt. Die Mutter gibt an, dass ihr Sohn zum Zeitpunkt der Meldung Mitte November bereits seit drei Wochen immer wieder kleineren Anfeindungen ausgesetzt war. In einem Gespräch mit einer Lehrkraft wurde der Mutter davon abgeraten, das Gespräch mit den Eltern des Schülers zu suchen. Begründet wurde dies damit, dass es sich bei den Eltern um Islamisten handle, mit denen man ohnehin nicht reden könne.

Neben Einzelpersonen sahen sich im vergangenen Jahr auch Institutionen in 144 Fällen mit Vorfällen verletzenden Verhaltens konfrontiert: In 22 Fällen waren jüdische Gemeinden und andere jüdische Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen Ziel antisemitischer Anfeindungen der Kategorie verletzendes Verhalten.

Ruhrgebiet, 27. September

Eine jüdische Gemeinde im Ruhrgebiet erhält eine antisemitische E-Mail mit antijudaistischem und verschwörungsideologischem Inhalt. Der Absender bedient in seinen Ausführungen den Mythos einer jüdischen Weltverschwörung und erklärt Jüdinnen_Juden zum ultimativen Bösen. Während der Absender im Verlauf der E-Mail immer wieder auf antisemitische Chiffren und Codes zurückgreift, offenbart er im letzten Absatz ganz konkret seinen Hass auf Jüdinnen_Juden: „Das kommt davon, wenn man sich mit den Juden einlässt. - Die Juden haben der gesamten Menschheit weis gemacht, sie wären Gottes auserwähltes Volk, aber die Bibel, die sie Euch gegeben haben, die erzählt von einem anti-christlichen Geist, einem Dämon, der die Menschen verführte und sie verdarb. Seit 200 Jahren kündigen Propheten der Menschheit an, dass der Schöpfer noch einmal Milliarden von Menschen vernichten wird, um seine Schöpfung vor der Zerstörung durch die Menschen zu bewahren. Es sind nur noch wenige Monate,

dann wird der Schöpfer seine Schöpfung vom Bösen erlösen. Ich wünsche Euch viel Glück, denn Ihr werdet es brauchen. Meine Hilfe konntet Ihr leider nicht annehmen, also werdet Ihr es noch mal auf die harte Tour lernen müssen, dass Ihr Euch hier auf der Erde zu benehmen habt und dass jeder Einzelne von Euch dafür verantwortlich ist, dass Ungerechtigkeit keinen Platz hat, auf der Erde [...]“.

In etwas mehr als der Hälfte aller Fälle, das heißt in 287 von 561 Vorfällen verletzenden Verhaltens, gab es keine direkt betroffenen Personen oder Institutionen; dies ist z.B. bei unadressierten Aufklebern, Schmierereien oder Plakaten auf Versammlungen der Fall.



Brühl, 21. Oktober

© Privat

Langenfeld, 26. September

An einem Baumarkt entdeckte ein Passant NS-verherrlichende und antisemitische Schmierereien. Auf einer Tür mit der Aufschrift „Gasanschluss“ stand „Vergast die Juden. UltrAslan“. UltrAslan ist die größte Fangruppierung des türkischen Vereins Galatasaray Istanbul. Außerdem wurden SS-Runen und ein Hakenkreuz aufgemalt.



Langenfeld 26. September

© Privat

Öffentlich sichtbare Anfeindungen wurden in 67 Fällen dokumentiert. Darunter fallen Schmierereien (45), Aufkleber (12) sowie Zettel und Poster (10).

Witten, 29. April

Auf eine Lokomotive in der Wittener Bahnhofshalle wurde der Schriftzug „JDN BMG“ gekritzelt, was als Abkürzung für „Juden Borussia Mönchengladbach“ steht. Hier wird die gegnerische Mannschaft als jüdisch markiert und soll somit abgewertet werden.

Die genannten Beispiele für verletzendes Verhalten machen deutlich, wie unterschiedlich die in dieser Kategorie erfassten Vorfälle in ihrer Wirkung auf die Betroffenen sind. Antisemitische Anfeindungen von Angesicht zu Angesicht werden in der Regel als deutlich bedrohlicher wahrgenommen als beispielsweise ein antisemitischer Aufkleber im Straßenbild, auch wenn diese aufgrund ihrer Inhalte mitunter ebenfalls bedrohlich wirken können und sollen. Aufkleber und Schmierereien können, insbesondere wenn sie über einen längeren Zeitraum und großflächig im Straßenbild auftauchen, ein antisemitisches Grundrauschen im öffentlichen Raum erzeugen.

Die meisten der 2023 dokumentierten Vorfälle von verletzendem Verhalten in NRW ereigneten sich auf der Straße (187). RIAS NRW wurden aber auch antisemitische Vorfälle an anderen Orten im öffentlichen Raum gemeldet, etwa in öffentlichen Gebäuden (69), in öffentlichen Verkehrsmitteln (42) oder im Gewerbe (15).

Ruhrgebiet, 12. Juli

Die sichtbar getragene Davidstern-Kette einer Jüdin wurde in einem Zug von einer Gruppe von vier bis fünf Jugendlichen, die in unmittelbarer Nähe der Betroffenen standen, mit den Worten „Juden Juden Juden“ und später „Juden morden, Juden morden“ kommentiert. Keiner der Umstehenden in dem sehr vollen Zug reagierte darauf oder griff ein.

Radevormwald, 27. Oktober

Ein Kunde eines Einzelhandelsgeschäfts unterhielt sich mit dem Inhaber, den der Kunde seit vielen Jahren kennt. Der Kunde äußerte, dass er am liebsten aktuell gar keine Nachrichten mehr sehen würde, da er davon nur schlechte Laune bekäme. Der Ladenbesitzer antwortete, dass er keine Nachrichten mehr lese oder ansehe, weil sie nur Lügen enthielten. Dann sagte er plötzlich „Scheiß Juden“, woraufhin der Kunde ihn darauf ansprach, da er diese Aussage für inakzeptabel hielt. Er fragte ihn, ob er das Morden einer Terrororganisation gutheiße, woraufhin der Inhaber zurückfragte, wer damit gemeint sei. Der Kunde benannte die Hamas, welche Zivilist_innen umbringe. Der Inhaber konterte mit der Behauptung, nur Israel und die USA würden unschuldige Menschen ermorden, wollte dem Kunden als

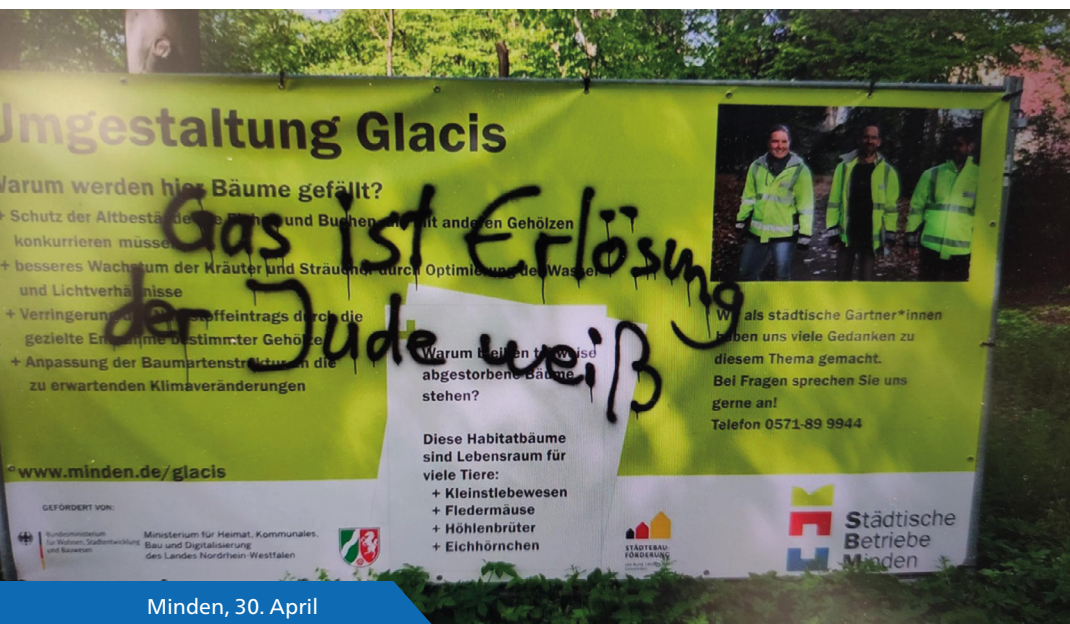
Beweis auf seinem Smartphone verschiedene Fotos zeigen und wiederholte, dass die Medien in Europa nur lügen würden. Die Situation war nun sehr aufgeheizt, aber weitere Kunden betraten das Geschäft, woraufhin das Gespräch abgebrochen wurde und der Kunde das Geschäft aufgebracht verließ.

Als besonders einschneidend beschreiben die Meldenden häufig antisemitische Vorfälle im persönlichen Nahbereich, sei es in Bildungseinrichtungen wie der Schule (65), am Arbeitsplatz (9) oder im Wohnumfeld (21). In 65 Fällen wurden in NRW wohnhafte Betroffene im Internet persönlich antisemitisch angefeindet.

Ruhrgebiet, Oktober

In einer WhatsApp-Gruppe von Studierenden einer Hochschule im Ruhrgebiet widersprach ein Gruppenmitglied nachweislichen Falschmeldungen über den Krieg zwischen der Hamas und Israel und wurde daraufhin antisemitisch angefeindet. Dem Betroffenen wurde unterstellt, der Konflikt lasse ihn leer und kalt. Ein Kommilitone begründete dies damit, dass der Betroffene eine „lange Nase“ habe. In dieser Argumentation verbindet sich die antisemitische Imagination eines jüdischen Phänotyps („lange Nase“) mit dem antisemitischen Topos, dass Juden rücksichtslos seien. Darüber hinaus relativierte ein Kommilitone die Schoa, in dem er den aktuellen Konflikt als Holocaust an den Palästinensern bezeichnete. Ein anderer Kommilitone sprach von „Juden als Kolonisatoren“, dämonisierte also den jüdischen Staat. Erst im Nachhinein, nachdem der Betroffene auf den antisemitischen Inhalt hingewiesen hatte, wurde der Vorfall vom AStA verurteilt. In der Gruppe waren auch Mitarbeitende des AStA vertreten.

Wie das obige Beispiel zeigt, lassen sich antisemitische Vorfälle häufig mehreren Erscheinungsformen des Antisemitismus zuordnen. Unter Berücksichtigung der Mehrfachzuordnung antisemitischer Erscheinungsformen sind von den 561 erfassten Vorfällen verletzenden Verhaltens 338 dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen (60 Prozent). In 178 Vorfällen wurde sogenanntes Othering erfasst (31 Prozent), gefolgt von Post-Schoa-Antisemitismus mit 155 Vorfällen (27 Prozent). Moderner Antisemitismus spielte in 73 Fällen eine Rolle (13 Prozent). In 22 Fällen wurden religiös konnotierte antisemitische Aussagen dokumentiert, die dem antijudaistischen Antisemitismus zugeordnet wurden (4 Prozent).



Minden, 30. April

© Privat



Mühlheim, 29. Oktober

© Privat

Die Zuordnung der inhaltlichen Erscheinungsform gibt dabei nicht zwangsläufig Hinweise auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter_innen. Vielmehr handelt es sich bei Antisemitismus um ein gesamtgesellschaftliches Problem, bei dem potenziell alle Formen des Antisemitismus in jedem politischen Milieu geäußert werden können und somit kein direkter Zusammenhang zwischen Erscheinungsform und politisch-weltanschaulichem Hintergrund hergestellt werden kann.

Bei 171 von 561 Vorfällen (30 Prozent) mit verletzendem Verhalten konnte ein politischer Hintergrund festgestellt werden. Antiisraelischer Aktivismus ist der am häufigsten dokumentierte politische Hintergrund in dieser Kategorie mit einem deutlichen Anstieg von 17 Vorfällen im Jahr 2022 auf 79 Vorfälle im Jahr 2023, was einer Zunahme von 365 Prozent entspricht. Dieser deutliche Anstieg steht vor allem im Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober, was auch die zeitliche Häufung nach diesem Datum belegt.

Ein verschwörungsideologischer Hintergrund wurde in 27 Fällen registriert, was einen leichten Rückgang gegenüber 2022 (33 Vorfälle) darstellt und mit dem Rückgang von Versammlungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie zu erklären ist, bei denen es hauptsächlich zu Vorfällen mit diesem politischen Hintergrund kam. In je 20 Fällen wurde ein rechtsextremer (2022: 16) bzw. islamischer/islamistischer Hintergrund (2022: keine Vorfälle) festgestellt. 16 Vorfälle konnten dem linken/anti-imperialistischen Milieu zugeordnet werden, während 2022 lediglich zwei Fälle aus diesem Milieu dokumentiert wurden. Sieben Personen konnten der politischen Mitte zugeordnet werden. Zwei weitere Fälle waren dem christlich/christlich fundamentalistischen Milieu zuzuordnen. Bei 390 Vorfällen, also in 70 Prozent der Fälle, konnte kein politischer Hintergrund sicher zugeordnet werden. Der von RIAS NRW klassifizierte politisch-weltanschauliche Hintergrund der Täter_innen ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt sich dieser politische Hintergrund anhand der RIAS NRW vorliegenden Informationen jedoch nicht eindeutig bestimmen.



Düsseldorf, 12. Mai

© Privat

Düsseldorf, 12. Mai

Auf der Kölner Straße in Düsseldorf Oberbilk wurden mehrere Plakate von der mittlerweile verbotenen Organisation „Samidoun“ plakatiert. Auf einem Plakat ist die Silhouette Israels sowie der Schriftzug „Free Palestine“ zu sehen, wodurch die Existenz Israels delegitimiert wird. Auf einem weiteren Plakat heißt es: „Wir werden es nicht zulassen, dass der deutsche Staat ihre Nazi-Verbrechen mit un-

serem Blut reinwäscht. Eure Repression wird uns nicht terrorisieren“. Der hier angedeutete Vorwurf eines „Schuldkults“⁵ beinhaltet die Abwehr der Erinnerung an eine deutsche Verantwortung für die NS-Verbrechen und deren Folgen. Die meldende Person gab an, die Plakate aus Sorge um seine Sicherheit nicht selbst entfernt zu haben.

Eine weitere Form verletzenden Verhaltens ist die **Diskriminierung**. Dabei handelt es sich um Benachteiligungen aufgrund der tatsächlichen oder angenommenen Zugehörigkeit zum Judentum beim Zugang zur Erwerbstätigkeit, zu Bildung und Beratung oder der Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern, einschließlich Wohnraum, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, sowie in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Mitgliedschaften, den Sozialschutz oder soziale Vergünstigungen. RIAS NRW dokumentierte im vergangenen Jahr fünf Vorfälle antisemitischer Diskriminierung. Zwei Vorfälle ereigneten sich im Internet, je einer im Wohnumfeld, in öffentlichen Verkehrsmitteln und in der Gastronomie.

Köln, 20. August

Ein aus den Niederlanden stammender Jude befand sich auf der Durchreise, als er am Bahnhof Köln-Messe/Deutz von einem Mitarbeiter der Deutschen Bahn antisemitisch angefeindet wurde. Aufgrund von Verspätungen und Zugumleitungen wandte sich der

⁵ Zum Begriff „Schuldkult“ siehe S. 55

Betroffene an den Info Point, um Klarheit über seine Weiterreise zu erhalten. Auf seine Bitte um Hilfe antwortete ihm ein anderer Mitarbeiter, der sich ebenfalls am Schalter befand, sehr harsch, fast schon schreiend: „Nur weil Sie so ein Ding da auf dem Kopf haben, werden wir Sie jetzt nicht besser behandeln! Immer macht ihr Leute so ein Drama!“ Der Betroffene trug eine Kippa, auf die sich der Mitarbeiter bezog.

Das Beispiel verdeutlicht, dass Antisemitismus für Jüdinnen_Juden ein potenziell alltagsprägendes Phänomen ist, das ein permanentes Abwägen zwischen der eigenen Sichtbarkeit und dem Sicherheitsrisiko, beleidigt, bedroht oder diskriminiert zu werden, evoziert.

Versammlungen wie Demonstrationen und Kundgebungen werden von RIAS NRW als eine weitere spezifische Form von verletzendem Verhalten gewertet, wenn es auf diesen zu antisemitischen Vorfällen kommt. RIAS NRW beobachtet Versammlungen nicht proaktiv, Versammlungen mit antisemitischem Hintergrund können jedoch von Zeug_innen gemeldet werden.

Im Jahr 2023 wurden in NRW 117 Versammlungen dokumentiert, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen oder Handlungen kam (2022: 60). Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei nur um einen kleinen Teil der Versammlungen in NRW handelt, bei denen antisemitische Parolen, Transparente und Sprechchöre zu sehen oder zu hören waren. 71 von 117 aller 2023 dokumentierten Versammlungen fanden in dem kurzen Zeitraum vom 7. Oktober bis zum 31. Dezember 2023 statt. So wurden nach dem 7. Oktober im Durchschnitt sechs antisemitische Versammlungen pro Woche bekannt. Entsprechende Beispiele werden weiter unten in der Analyse „Auswirkungen des Hamas-Massakers vom 7. Oktober 2023 in NRW“ ab S. 37 gesondert betrachtet.

Rheine, 25. Februar

Bei einer verschwörungsideologischen Kundgebung in Rheine wurden diverse Plakate mit antisemitischem Inhalt gezeigt. Auf mehreren Plakaten waren die Sätze „Demnächst auch in Ihrem Land. Der Great Reset.'Du wirst nichts besitzen.'“ sowie die Personen Klaus Schwab, Bill Gates, Anthony Fauci, Henry Kissinger und George Soros zu sehen. Die hier verbreitete Verschwörungserzählung suggeriert eine im Verborgenen agierende, als jüdisch wahrgenommene Elite, die sich eine neue globale Gesellschaftsordnung zum Ziel gesetzt habe. Um diese Neuordnung zu vollziehen, werden Politiker_innen und Medien als Marionetten „enttarnt“, wie auf einem weiteren

Plakat zu lesen war. Über die Darstellung einer vermeintlich allmächtigen Elite wird das antisemitische Narrativ bedient, es gäbe einen Zusammenhang zwischen Juden, hier festgemacht an Soros und Kissinger, und dem Wirtschafts- und Finanzwesen, personifiziert durch Klaus Schwab. Auch Bill Gates wird von Verschwörungsgläubigen oft fälschlicherweise als Jude wahrgenommen.

Rheine, 25. Februar

© RIAS NRW



HERR BUNDESKANZLER!
Gilt der NATO-VERTRAG nur bei
einem Angriff der RUSSEN? ERZFEIND?
Warum schweigen sie so gehorsam zu der Sprengung der
OSTSEE-PIPELINE? MARIONETTEN reden
nicht, die führt man! Warum bringen sie nicht
diesen TERROR-ANSCHLAG vor die
UN? BEIDEN hat ihnen ja gesagt. "So well
we are doing everything together." Nun ja, wir
machen alles gemeinsam. Wenn man eine Marionette ist, dann darf man nichts sagen.

Wir
Wi:

Bei
des T
Hunc
und w

Was w
durch Ku
das W.

Aber wir werden v
dramatisch, wie eine

Einfache M
Verschw
Inzidenz
Die Pandemie
bei 0,38% au
fühlten:
Das Ergebnis vo

Dortmund, 10. Oktober

An einer Kundgebung in Solidarität mit Israel und gegen Antisemitismus nahmen ca. 300 Personen teil, zahlreiche Israelfahnen waren zu sehen. Aus einer Gruppe Jugendlicher wurde lautstark „Kill all jews“ und „Allahu akbar“ von verschiedenen Personen gerufen und gemeinsam „Free Palestine“ gesungen.



Paderborn, 25. Juli

Bei einer von einem bekannten Rechtsextremisten angemeldeten Demonstration, die sich gegen die Corona-Politik und die Nato sowie für eine Zusammenarbeit mit Russland aussprach, wurde ein antisemitisches Plakat gezeigt. Auf einem Plakat mit der Überschrift „Kein Blut für Aktionäre“ war zusätzlich ein Aufkleber mit der Aufschrift „The Great Reset“ angebracht. Dieser zeigt verschiedene amerikanische und jüdische Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, darunter auch George Soros. Die Demonstration fand im Sennelager statt, vor der Kaserne Bielefelder Straße. Dort befand sich früher ein Panzer-Testgelände der Wehrmacht, seit Juli 1941 wurden dort auch sowjetische Kriegsgefangene interniert und im November 1944 wurde auf dem Gelände ein Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald errichtet.

Aber nicht nur bei politischen Demonstrationen im öffentlichen Raum kam es zu antisemitischen Vorfällen. Auch bei kulturellen Veranstaltungen ereigneten sich antisemitische Vorfälle.

Hünxe, 1. Juli

Beim dreitägigen Musikfestival „Ruhrpott Rodeo“ trat die spanische Punkband SKA-P als Headliner des Tages auf und spielte ihren Song „Intifada“, während im Hintergrund auf der Bühne eine riesige Palästina-Fahne hing. Der spanische Text des Liedes wirft Israel bzw. den Israelis vor, von Opfern der Schoa zu Tätern geworden zu sein, aus der Geschichte nichts gelernt zu haben und stattdessen nun Palästina zu kolonisieren und die Palästinenser_innen unter einem der schlimmsten Kriege leiden zu lassen, um Israel zu bereichern. Getötet werde im Namen Israels und Jahwes, Befreiung bringe nur die Intifada. Die Lyrics enthalten somit klassische Narrative des Post-Schoa-Antisemitismus mit seiner Täter-Opfer-Umkehr und dem antisemitischen Narrativ, Jüdinnen_Juden würden für ihren Gott und ihren eigenen Profit töten, das lediglich auf Israel übertragen wurde, aber durch den expliziten Bezug auf Jahwe seine antijudaistischen Ursprünge nicht verleugnen kann.

MASSENZUSCHRIFTEN

Massenzuschriften sind antisemitische Zuschriften, die sich - meist online - an einen größeren Personenkreis richten.

Im Erfassungszeitraum 2023 wurden RIAS NRW zehn antisemitische Massenzuschriften gemeldet. Bei fünf Vorfällen handelte es sich um E-Mails mit antisemitischem Inhalt, vier Zuschriften erreichten die Empfänger_innen postalisch, in einem Fall handelte es sich um ein Flugblatt. Charakteristisch für die erfassten Massenzuschriften sind lange Texte, die eine Vielzahl antisemitischer Chiffren, Symboliken und Mythen enthalten.

Wie bereits im Vorjahr dominierte unter den Massenzuschriften die Erscheinungsform des Modernen Antisemitismus, die sich in allen zehn Massenzuschriften findet. Die hier zum Ausdruck gebrachten antisemitischen Verschwörungsmythen wurden in sechs Fällen mit Stereotypen des Post-Schoa-Antisemitismus kombiniert, etwa wenn das Gedenken an die während der NS-Zeit ermordeten Jüdinnen_Juden abgelehnt wird.

Dülmen, 16. März

Ein in die Briefkästen der gesamten Nachbarschaft geworfenes Flugblatt enthält detaillierte antisemitische Erzählungen über die angebliche Weltherrschaft der Juden. Diese würden seit 3000 Jahren die unangefochtene Weltherrschaft anstreben, wofür sie einen dritten Weltkrieg benötigten, und stünden kurz vor Vollendung dieses Ziels, wodurch dann alle Nicht-Jüdinnen_Juden zu ihren Sklavinnen_Sklaven würden. Neben diesem Modernen Antisemitismus, der Jüdinnen_Juden eine besondere politische und ökonomische Macht zuschreibt, werden im Flugblatttext auch Elemente des Post-Schoa-Antisemitismus verbreitet und eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben. So seien nicht nur Nachkriegspolitiker_innen wie Angela Merkel, Helmut Kohl und Wladimir Putin jüdisch, sondern auch die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 sei von Jüdinnen_Juden betrieben worden. Sowohl Adolf Hitler als auch Politiker wie Franz von Papen und der Industrielle Henry Ford seien demnach Agenten des Zionismus gewesen, um durch die Förderung und Verbreitung des Antisemitismus „die Austreibung der Juden“ voranzutreiben und so 1948 den Staat Israel gründen zu können. Zudem seien die größten Opfer des Nationalsozialismus die Deutschen gewesen, die nach dem Zweiten Weltkrieg die „größte ethnische Säuberung“ erleiden mussten, „welche

die Welt je gesehen hatte“. Jüdinnen_Juden sind demnach also nicht nur Verursacher, sondern auch Nutznießer des Antisemitismus.

In sechs Fällen konnte der politische Hintergrund festgestellt werden. Fünf Massenzuschriften sind demnach eindeutig dem verschwörungsideologischen Milieu zuzuordnen, bei einer weiteren Massenzuschrift liegt ein rechtsextremer Hintergrund vor.

Auswirkungen des Hamas-Massakers vom 7. Oktober 2023 in NRW

RIAS registrierte in der Vergangenheit wiederholt einen hohen Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland, wenn Israel durch militante Palästinenser_innen angegriffen wurde und es zu kriegesischen Auseinandersetzungen kam.

Zuletzt dokumentierte der Bundesverband RIAS einen bundesweiten Anstieg von antisemitischen Versammlungen, Angriffen, Bedrohungen und gezielten Sachbeschädigungen während des Israel-Gaza-Krieges im Mai 2021.⁶ Das Vorfallsgeschehen im Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts ist jedoch, abhängig von den Rahmenbedingungen, dynamisch. Während RIAS im Mai 2021 einen temporären Anstieg antisemitischer Vorfälle registrierte, blieb die Anzahl antisemitischer Vorfälle nach dem 07. Oktober bis zum Jahresende auf hohem Niveau. Der palästinensisch-israelische Konflikt motiviert also antisemitische Täter_innen in Deutschland und ermöglicht antisemitisches Handeln, RIAS charakterisiert dies als Gelegenheitsstruktur. Unter einer Gelegenheitsstruktur werden bestimmte Rahmenbedingungen verstanden, die antisemitisches Handeln ermöglichen oder wahrscheinlicher machen. Das können Medienereignisse oder gesellschaftliche Debatten sein, aber auch gezielte Kampagnen politischer Akteur_innen.

Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober dokumentierte RIAS NRW somit auch in Nordrhein-Westfalen einen massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle. Vom 7. Oktober bis zum 31. Dezember 2023 wurden insgesamt **432 antisemitische Vorfälle** registriert. Das sind fünf Vorfälle pro Tag, während im Jahr 2022 durchschnittlich fünf

6 vgl. Bundesverband RIAS e.V. 2022, S. 14

Vorfälle pro Woche dokumentiert wurden. In 93 Prozent aller Vorfälle, also in 402 von 432 Vorfällen, konnte ein direkter Bezug zum Massaker der Hamas festgestellt werden. Betrachtet man die Dynamik der Vorfälle im Jahresverlauf, so ereigneten sich 65 Prozent aller gemeldeten Vorfälle nach dem 7. Oktober.

In den 432 Vorfällen wurden alle Erscheinungs- und Ausdrucksformen von Antisemitismus erfasst. Israelbezogener Antisemitismus wurde in 306 Vorfällen dokumentiert und war die mit Abstand am häufigsten erfasste Erscheinungsform nach dem 7. Oktober. Damit ereigneten sich 82 Prozent aller erfassten israelbezogenen antisemitischen Vorfälle im Jahr 2023 im letzten Drittel des Jahres. In 125 Vorfällen wurden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht zugehörig markiert und demnach Narrative des antisemitischen Otherings bedient. Vorfälle, in denen die Erinnerung an die Schoa abgelehnt oder die Schoa bagatellisiert oder verherrlicht wurde, wurden 111 Mal dokumentiert. Moderner Antisemitismus in Form von Verschwörungserzählungen kam in 27 Vorfällen vor. Antijudaismus, eine religiös begründete Judenfeindschaft, kam in 13 Vorfällen zum Ausdruck. Häufig überschneiden sich mehrere Erscheinungsformen in einem Vorfall, so dass die Gesamtzahl aller Erscheinungsformen die Anzahl dokumentierter Vorfälle nach dem 7. Oktober übersteigt.

Die Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden konnten, verteilen sich nach dem 7. Oktober wie folgt: 15 Prozent der Vorfälle ereigneten sich im Bereich des antiisraelischen Aktivismus. Bei jeweils vier Prozent der erfassten Vorfälle wurde ein islamischer/islamistischer und ein linker/antiimperialistischer Hintergrund festgestellt. Rechtsextreme Akteure wurden bei zwei Prozent der Vorfälle dokumentiert. Vorfälle aus dem christlichen/christlichen Fundamentalismus Milieu, der politischen Mitte und sonstigen Milieus verteilen sich zusammen auf drei Prozent. In 72 Prozent der Fälle konnte der politisch-weltanschauliche Hintergrund nicht ermittelt werden. Der von RIAS NRW dokumentierte politisch-weltanschauliche Hintergrund ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt sich dieser politische Hintergrund jedoch anhand der RIAS NRW vorliegenden Informationen nicht eindeutig bestimmen. Dies ist beispielsweise bei Aufklebern oder Schmierereien der Fall.

Anhand der RIAS NRW bekannt gewordenen Tatorte lässt sich ableiten, wo sich antisemitische Vorfälle nach dem 7. Oktober besonders häufig ereignet haben. Die Vorfälle ereigneten sich demnach auf der Straße (135), in öffentlichen Gebäuden (65), in Bildungseinrichtungen (46), an Gedenkort (38), im Wohnumfeld der Betroffenen (34) sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln (19). Von den insgesamt 432 Vorfällen wurden 50 im Internet und 45 an anderen spezifischen Orten wie Friedhöfen, Geschäften

oder Fußballstadien dokumentiert. Die hier aufgeführten dominierenden Tatorte zeigen, dass Antisemitismus auch nach dem 7. Oktober vor allem in den alltäglichen Lebensbereichen der Betroffenen stattfand.

ANTISEMITISMUS IM WOHNUMFELD

Vorfälle im Wohnumfeld sind für die Betroffenen oft besonders bedrohlich und beängstigend. Vor allem nach dem 7. Oktober stieg die Zahl der antisemitischen Vorfälle im Wohnumfeld. Von insgesamt 42 Vorfällen im Wohnumfeld der Betroffenen im gesamten Jahr 2023 ereigneten sich acht bis zum 7. Oktober. Nach dem 7. Oktober vervierfachten sich diese Vorfälle. In 34 Fällen im Wohnumfeld wurden unter anderem Schmierereien und Aufkleber an Hauswänden, Treppenhäusern und Aufzügen erfasst sowie antisemitische Äußerungen und Vernichtungsdrohungen von Angesicht zu Angesicht gemeldet.

Bonn, 16. Oktober

Ein älteres Ehepaar in Bonn wurde mehrfach an seiner Wohnungstür bedroht. Der Mann ist Israeli und die Frau deutsche Jüdin, beide sind vor Ort für ihr Engagement für jüdisches Leben bekannt. Am 16.10. klingelte ein Mann an ihrer Tür und sagte: „Beim nächsten Mal komme ich mit meinem großen Aschenbecher und da passt die Asche von 500 Güterwagen rein“. Die Betroffenen berichteten, dass sich dies bereits zweimal im Juli 2023 ereignet habe. Den ersten Vorfall wollte das Ehepaar noch bei der nächsten Polizeidienststelle zur Anzeige bringen; der Polizeibeamte vor Ort riet ihnen jedoch von einer Anzeige ab, auch weil er den antisemitischen und im Gesamtkontext äußerst bedrohlichen Inhalt des Satzes nicht erkennen konnte. Nach Rücksprache mit den Betroffenen wurde der Vorfall im Oktober an den zuständigen Kölner Staatsschutz übermittelt, der die Ermittlungen aufnahm.

In sechs Fällen wurden Wohnhäuser mit einem Davidstern markiert. Diese Markierungen erinnern an die Kennzeichnungspraxis im Nationalsozialismus, als jüdische Geschäfte und Wohnhäuser mit Davidsternen markiert wurden, um Jüdinnen_Juden kenntlich zu machen.



Krefeld, 21. Oktober

© Privat

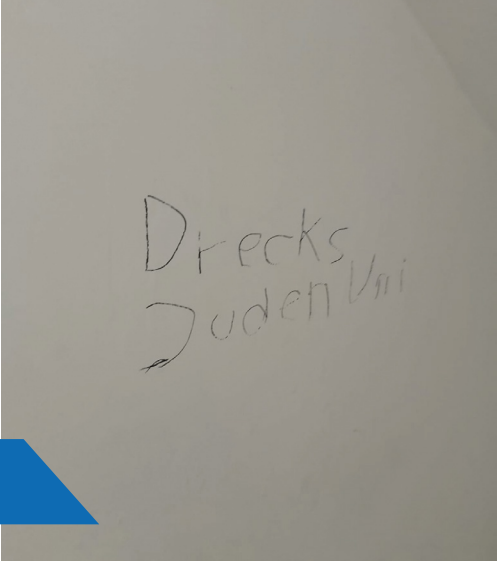
ANTISEMITISMUS IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Seit dem 7. Oktober dokumentierte RIAS NRW 46 antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen. 24 Vorfälle ereigneten sich an Schulen, 17 an Hochschulen, zwei in Museen und jeweils einer in einer Kita, einer Volkshochschule und in einem Theater. An Universitäten kam es zu antisemitischen Versammlungen durch antiisraelische Aktivist_innen, Flyeraktionen mit islamistischen und antisemitischen Inhalten und Schmierereien in Seminarräumen. In studentischen Whatsapp- und Facebook-Gruppen sowie auf anderen Social-Media-Plattformen kam es wiederholt zu antisemitischen Äußerungen, jüdische Studierende wurden bedroht und diffamiert. Eine jüdische Studentin aus Bochum schildert ihre Erfahrungen in einem Interview mit dem Tagesspiegel wie folgt:

*Ich versuche schon länger, als Jüdin nicht sofort erkennbar zu sein und vermeide es, in der deutschen Öffentlichkeit hebräisch zu sprechen. Immerhin wurde ich schon im Internet bedroht und auch an der Universität, als wir ein Statement zu den dortigen Vorgängen auf Instagram veröffentlichten. Es hieß, man könne bei uns ja mal Hausbesuche machen. Die Leute kannten mich, meine Adresse, die Adresse meiner Eltern. Das war beängstigend!*⁷

Solche Berichte zeigen, dass das Sicherheitsempfinden jüdischer Studierender seit dem 7. Oktober massiv erschüttert ist. Auch die Inbesitznahme von Räumen durch antiisraelische und in Teilen antisemitisch agierende (Hochschul-) Gruppen hat den Campus durch Aufkleber, Schmierereien, Plakate, Demonstrationen, Infotische und Filmvorführungen sowohl für jüdische als auch für antisemitismuskritische Studierende und Lehrende bedrohlich gemacht.

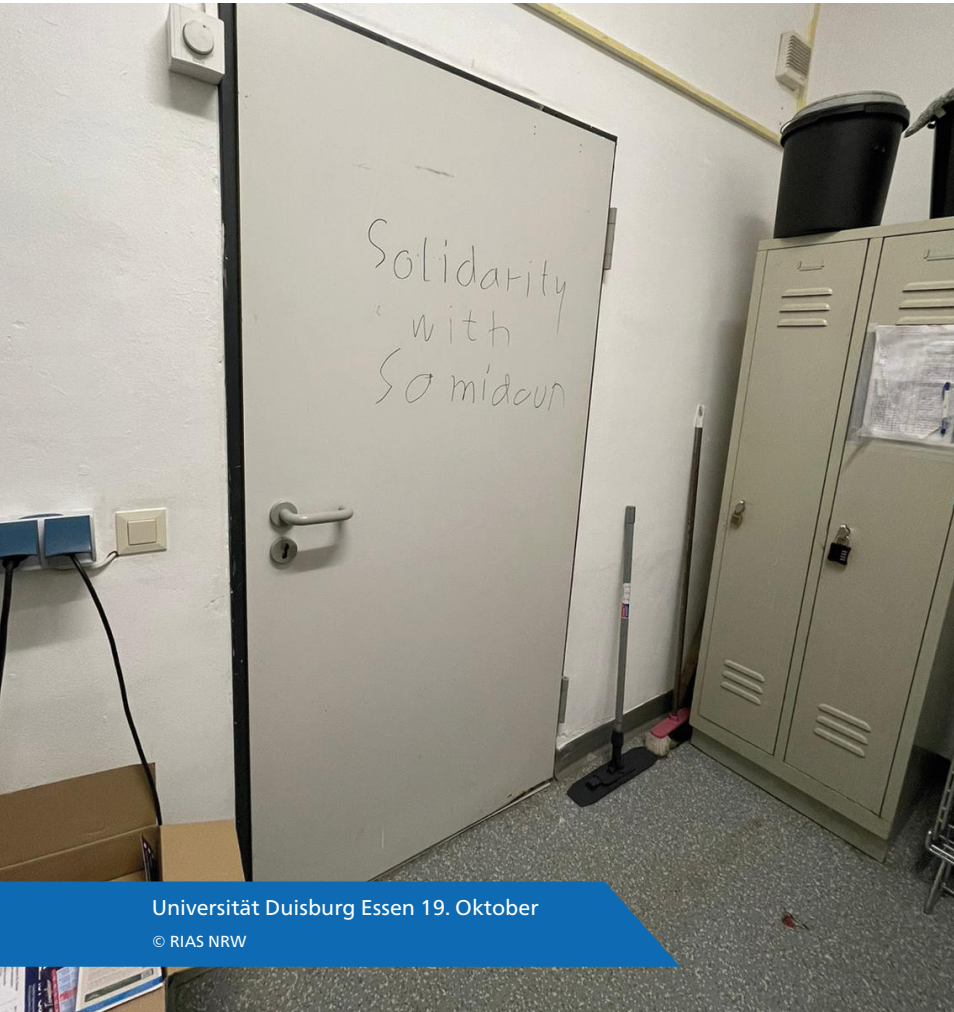
7 Barthels, Inga/Heide, Annett/Merkel, Ronja/Nietfeld, Joana & Rövekamp/Marie. Werden deutsche Unis zu No-go-Areas? Jüdische Studierende klagen an. In: Tagesspiegel vom 7. Februar 2024. URL: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/werden-deutsche-unis-zu-no-go-areas-judische-studierende-klagen-an-11169445.html> [Zugriff am 27.02.24].



Drecks
Juden Wei

Universität Duisburg Essen 19. Oktober

© RIAS NRW

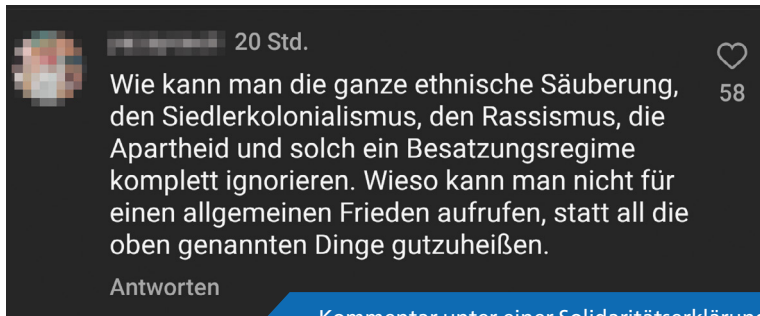


Solidarity
with
Somidoun

Universität Duisburg Essen 19. Oktober

© RIAS NRW

Solidaritätsaktionen für Israel und gegen Antisemitismus an Hochschulen wurden gezielt von antiisraelischen Aktivist_innen angegriffen. So wurden Plakate für die von der Hamas verschleppten Geiseln sowie antisemitismuskritische Informationsposter gezielt entfernt. Weitere antisemitische Reaktionen auf Solidaritätsbekundungen verschiedener Universitäten in NRW wurden auch im Internet dokumentiert.



Kommentar unter einer Solidaritätserklärung einer Hochschule auf Instagram, 11. Oktober

© RIAS NRW

Aus Solidarität gehisste Israelfahnen wurden vom Campus gestohlen, beschädigt oder angezündet. In Bielefeld wurde die Israelfahne auf dem Universitätsgelände innerhalb weniger Tage dreimal mit roter Farbe beschmiert. In Siegen wurde die Israelfahne auf dem Campus gestohlen.

An Schulen wurden RIAS NRW nach dem 7. Oktober 24 antisemitische Vorfälle von (betroffenen) Lehrkräften und Eltern betroffener Schüler_innen gemeldet. RIAS NRW dokumentierte Fälle von antisemitischem Mobbing, Schmierereien und Aufklebern im und am Schulgebäude sowie antisemitische Aussagen und Bilder in Klassenchats und direkten Gesprächen, die sich unter anderem an jüdische oder als jüdisch markierte Schüler_innen richteten. Auch Lehrkräfte berichteten von antisemitischen Aussagen im Zusammenhang mit der Thematisierung des Krieges im Unterricht oder in Gesprächen unter Kolleg_innen. Dabei wurden klassische israelbezogene antisemitische Topoi und Verschwörungsmythen bedient sowie Vernichtungsphantasien gegenüber Jüdinnen_Juden von Schüler_innen geäußert. Auch antisemitische Äußerungen von Lehrkräften im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg wurden dokumentiert.

Meschede, 19. Oktober

Ein Schüler sprach nach dem Terrorangriff der Hamas ohne Bezug zum Unterricht davon, dass Jüdinnen_Juden „Lügner und Verbrecher“ seien, die man „vernichten müsse“. Die Lehrkraft widersprach

diesen antisemitischen Äußerungen. In einem weiteren Gespräch mit der Schulleitung bestritt der Schüler, die Vernichtung von Jüdinnen_Juden gefordert zu haben. Andere Schüler_innen unterstützten seine Falschaussage und behaupteten, die Lehrkräfte hätten sich dies nur ausgedacht. Die Polizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ein.

Als Reaktion auf die angespannte Situation an den Schulen richtete SABRA (Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus) eine wöchentliche digitale Sprechstunde für Lehrkräfte in NRW ein, die bis zum Jahresende einen regen Zulauf von hilfesuchenden Lehrkräften verzeichnete.

VERSAMMLUNGSGESCHEHEN

RIAS NRW dokumentierte seit dem 7. Oktober bis zum Jahresende 71 Versammlungen mit antisemitischen Aufrufen, Parolen, Transparenten oder Redebeiträgen. Es ist jedoch von einer weitaus höheren Zahl antisemitischer Versammlungen auszugehen, da RIAS NRW kein proaktives Versammlungsmonitoring vor Ort betreibt.

Bereits am zweiten Tag nach dem brutalen Massaker der Hamas fand in Duisburg die erste israelfeindliche und antisemitische Kundgebung in NRW statt. Unter dem Titel „Solidarität mit Gaza!“ mobilisierte eine lokale antiisraelische Gruppe, die mittlerweile vom Innenministerium verboten wurde, wie folgt zur Demonstration:

Gaza hat sich erhoben & seine Gefängnismauern gesprengt! Der Widerstand hat eine nie dagewesene Offensive gestartet & versetzt dem zionistischen Kolonialregime heftige Schläge! Überall auf der Welt feiern & unterstützen die Menschen diesen Aufstand. Das wollen wir auch tun! Kommt mit uns auf die Straße und demonstrieren wir unsere Solidarität mit den Menschen & dem Widerstand in Gaza & ganz Palästina. Von Duisburg nach Gaza: Sieg der Intifada! Palästina wird sich befreien: vom Meer bis zum Fluss!

Nicht nur in diesem Aufruf, sondern auch bei folgenden antiisraelischen Kundgebungen und Demonstrationen kam es zu Relativierungen und Befürwortungen des antisemitischen Terrors der Hamas. Die Terroristen der Hamas wurden in Redebeiträgen, auf Transparenten oder wie im oben dargestellten Aufruf als legitimer Widerstand verharmlost und das Massaker als Befreiungsschlag der Palästinenser_innen

glorifiziert. Das Existenzrecht Israels wurde bestritten, was unter anderem in der Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ zum Ausdruck kam.⁸



Düsseldorf, 14. Oktober

© Antifa-Infoportal Düsseldorf

8 Eine häufig zu hörende Parole auf antiisraelischen Demonstrationen ist „From the River to the Sea – Palestine will be free!“, auf Deutsch: „Vom Fluß bis zum Meer – Palästina wird frei sein!“ Gemeint sind der Fluss Jordan und das Mittelmeer – gefordert wird also ein Palästina, das sich über das gesamte Gebiet des heutigen Israel sowie der Westbank und des Gazastreifens erstreckt. Für einen jüdischen Staat bliebe da kein Platz, die Parole ist also als Wunsch nach dem Ende Israels zu verstehen. In der angeblichen Forderung nach „Freiheit“ steckt außerdem die Behauptung, das Land sei unter israelischer Kontrolle nicht frei und Israel ein illegitimes Besatzungsregime, das beseitigt werden müsse. Siehe dazu auch URL: https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf

Trotz strikter Auflagen der Polizei, die diese Parole bei vielen Versammlungen ausdrücklich untersagte, zählte RIAS NRW 25 Versammlungen, bei denen diese Form der Delegitimierung Israels durch Sprechchöre skandiert oder auf Transparenten gezeigt wurde.

Wuppertal, 15. Oktober

Auf dem Berliner Platz in Wuppertal fand eine pro-palästinensische Kundgebung mit dem Titel „Ihre Repression bricht uns nicht. Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf“ statt. Etwa 15 Personen versammelten sich, zeigten ein Transparent mit der Aufschrift: „Widerstand bleibt legitim!!!“ sowie eine palästinensische Fahne und eine Fahne der „Föderation Klassenkämpferischer Organisationen“. Sowohl im Aufruf als auch auf dem Banner legitimierten die Demonstrationsteilnehmer_innen aus dem antiimperialistischen Milieu das Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung als „Widerstand“.

Die Parole „Kindermörder Israel“ wurde in 27 Fällen dokumentiert. Parolen in abgewandelter Form („Israel bringt Kinder um“, „Stoppt den Kindermord“ etc.) tauchten bei allen RIAS NRW bekannt gewordenen Versammlungen auf. Diese den jüdischen Staat Israel dämonisierende Parole mit ihrer pauschalen Unterstellung knüpft an die mittelalterliche Ritualmordlegende an, in der Jüdinnen_Juden vorgeworfen wurde, das Blut christlicher Kinder für rituelle Zwecke zu verwenden. In dieser modernisierten Neuauflage der alten Legende werden nicht christliche, sondern palästinensische Kinder ermordet. Der Vorwurf richtet sich nicht mehr gegen die Juden, sondern gegen Israel als jüdisches Kollektiv.



Düsseldorf, 21. Oktober

© Antifa-Infoportal Düsseldorf

Dortmund, 28. Oktober

Bei einer islamistischen Demonstration zogen die Teilnehmenden nach Geschlechtern getrennt durch die Dortmunder Innenstadt. In einem Redebeitrag bediente der Sprecher das antisemitische Narrativ der Ritualmordlegende und dämonisierte den Staat Israel: „Doch Israel hört weder auf die Weltgemeinschaft, noch auf die Juden selber. Sie machen weiter mit ihrer Tyrannei, wie eh und je, sie hören nicht auf. Sie sind weiterhin durstig nach Blut von kleinen Säuglingen und Kindern“.

Das politische Spektrum der israelfeindlichen Versammlungen umfasste vor allem linke/antiimperialistische Gruppen (13 Versammlungen) sowie antiisraelische Aktivist_innen (44 Versammlungen) und islamische/islamistische Strukturen (9 Versammlungen). Eine Versammlung konnte dem verschwörungsideologischen Milieu zugeordnet werden. Weitere vier Versammlungen konnten keinem politischen Spektrum zugeordnet werden. Auch wenn das politische Selbstverständnis der jeweiligen Akteur_innen zum Teil weit auseinander liegt, war eine Trennung bei den antiisraelischen Versammlungen nur selten gegeben. Dezidiert linke Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität“ und der islamische Ausspruch „Allahu Akbar“ fanden parallel Platz. Darüber hinaus kam es auf israelfeindlichen Versammlungen vereinzelt zu Querfrontbündnissen zwischen verschwörungsideologischen und deutschen sowie türkischen rechtsextremen Akteur_innen.

Die Inhalte der bei Demonstrationen gezeigten Transparente und Plakate sowie der Sprechchöre und Reden haben sich im Laufe der Zeit meist deutlich verändert. Dazu haben vor allem polizeiliche Auflagen beigetragen, die früher problemlos gezeigte oder gesprochene Meinungsäußerungen zum Beispiel als volksverhetzend einstufen und entsprechend ahndeten. Auch die öffentliche Debatte und Presseberichterstattung über antisemitische Vorfälle bei Versammlungen hatte Einfluss, so dass in einigen Fällen die Veranstalter_innen selbst Transparente oder Parolen, deren antisemitische Aussagen zuvor öffentlich problematisiert worden waren, präventiv unterbanden. Bei anderen Kundgebungen hingegen wurde die Verlesung der behördlichen Versammlungsaufgaben dazu genutzt, die verbotenen Aussagen noch einmal öffentlichkeitswirksam zu proklamieren. So verkündete der Anmelder einer antiisraelischen Kundgebung am 31. Oktober am Dortmunder Hauptbahnhof das Verbot der Parole „Kindermörder Israel“, wobei er diese jeweils deutlich lauter und aggressiver im Stil einer Parole rief und zudem fragte, wie man den Staat Israel denn sonst bezeichnen solle. Die Polizei schritt nicht ein.

Die von zahlreichen Medien ungeprüft verbreitete Behauptung der Hamas, Israel habe am 17. Oktober das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt bombardiert, führte hingegen zu einer deutlichen Zunahme antisemitischer Demonstrationen, bei denen zu meist eine sehr aufgeheizte Stimmung herrschte. Die Demonstrationen hielten auch an, als sich in den folgenden Tagen herausstellte, dass nicht Israel verantwortlich war, sondern eine Rakete der Terrorgruppe Palästinensischer Islamischer Dschihad auf dem Krankenhausbereich eingeschlagen war. Insgesamt war das Demonstrationsgeschehen in NRW also nicht nur dem Kriegsverlauf unterworfen, sondern wurde auch deutlich von Ereignissen, Debatten und medialen Darstellungen in Deutschland beeinflusst.

In Bielefeld versammelten sich beispielsweise am 21. Oktober rund 1.000 Personen, wobei es zu mehreren Schoa-relativierenden Äußerungen kam. Auf Plakaten wurde die nationalsozialistische Diffamierungs- und Verfolgungspolitik gegenüber Jüdinnen_Juden mit dem israelischen Vorgehen gegen die Palästinenser_innen gleichgesetzt. Ein weiteres Transparent titelte: „One holocaust does NOT justify another“. Eine Woche später, am 28. Oktober, kamen zu einer von derselben Person angemeldeten Versammlung 2.000 Teilnehmer_innen, die wiederum größtenteils aus dem islamischen/islamistischen Milieu kamen und wie in der Woche zuvor gemeinsam beteten. Eine Rednerin auf der Versammlung relativierte in ihrer Rede mehrfach die Schoa: „Wir sprechen ständig von Krieg. Aber wenn man Krieg wirklich definiert, dann weiß man, dass es sich in Palästina nicht um Krieg handelt, sondern um Genozid. Genozid wird meist in Verbindung mit dem Holocaust gebracht, jedoch wissen wir alle, dass das was gerade in Palästina passiert, dass das genau das gleiche ist, was den Juden widerfahren ist.“ Zudem behauptete sie: „In der Geschichte der Muslime gab es nie Antisemitismus, das gibt es heute nicht und das wird es auch in der Zukunft nicht geben.“ Antisemitismus sei ein Problem der (nicht-muslimischen) Europäer und der Vorwurf des Antisemitismus lediglich ein Ausdruck eines antimuslimischen Rassismus sowie eine Entlastung für Deutschland: „Es scheint als hätte man nichts von der Vergangenheit gelernt, die Schatten des Holocaust lasten seit Jahren auf ihnen und nun haben sie scheinbar die Gelegenheit gefunden, um ihre Schuld gegenüber den Juden wieder gut zu machen, indem sie dazu beitragen, dass Palästina ausgelöscht wird. Ich denke es wäre nicht falsch, wenn ich an dieser Stelle sage: Deutschland, deine Geschichte wiederholt sich!“ Verschiedene Schilder und einzelne Rufe sprachen zudem Israel das Existenzrecht ab.

Schoa-relativierende Vergleiche fanden sich nun nicht mehr nur auf Schildern und Transparenten, sondern wurden von der Hauptrednerin auch offen artikuliert. Diese verknüpfte sie mit Motiven, die ansonsten vor allem in und aus rechtsextremen

Kreisen unter dem Begriff „Schuld kult“⁹ Verbreitung finden sowie einer generellen Leugnung von Antisemitismus, jeweils in spezifischer Adaption für den muslimischen Kontext. Diese folgt jedoch einer ähnlichen Entlastungsstrategie, indem man sich selbst von Antisemitismus freispricht und sich gegen die politischen Konsequenzen aus der Schoa und damit letztlich auch gegen die Erinnerung an die Schoa wendet, da diese den eigenen politischen Anliegen im Wege steht. Flankiert wird dieser Post-Schoa-Antisemitismus, der sich im Zuge des 7. Oktober merklich aus dem angestammten rechtsextremen Milieu gelöst hat und offen von linken und (post-)migrantischen Kreisen aufgegriffen wurde, von dem Versuch, eigene Diskriminierungserfahrungen gegen Vorwürfe antisemitischer Diskriminierung auszuspielen und diese als rein antimuslimischen Rassismus zu diskreditieren. So wurde nach dem 7. Oktober erneut deutlich, wie Antisemitismus, insbesondere israelbezogener Antisemitismus, auch scheinbar gegensätzliche politische Lager verbinden kann.

Als es in der Folge zu einer Berichterstattung in der regionalen Presse kam, die sich kritisch mit den antisemitischen Inhalten auseinandersetzte, forderte die Versammlungsleitung bei der nächsten Veranstaltung am 10. November dazu auf, nicht mit der Presse zu sprechen und stellte selbst keinen Pressekontakt mehr zur Verfügung. Die Presse würde nicht die Wahrheit berichten und spalten. Vor Ort anwesende Journalist_innen wurden daraufhin als „Lügenpresse“ beschimpft und in einem Fall auch umzingelt und bedrängt, als diese von der Demonstration berichten wollten. Zudem wurde eine Teilnehmerin der Gegenkundgebung am Rande der Demonstration als „Judenschlampe“ beschimpft.

Innerhalb kürzester Zeit kam es zu einer Stigmatisierung der Presse als Feind, der generell Lügen verbreite, was unmittelbar zu einem aggressiven Vorgehen gegen die Pressevertreter_innen am Versammlungsort führte. Ein Verhalten und eine Versiegelung der Wahrnehmung, die sich aggressiv gegen alle Fakten und Meinungen abschottet, die das eigene Weltbild stören, wie man es sonst vor allem von verschwörungsideologischen Versammlungen kennt.¹⁰

9 Der Begriff „Schuld kult“ wird im Unterkapitel „Angriffe auf die Erinnerung“ näher erläutert.

10 vgl. Bundesverband RIAS e.V. (2023). Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022. S. 57. URL: https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2022.pdf [Zugriff am 12.04.24].

VORFÄLLE IM KONTEXT VON SOLIDARITÄTSBEKUNDUNGEN

Trotz der Dominanz antisemitischer, antiisraelischer Versammlungen gab es in einigen Städten Nordrhein-Westfalens engagierte Einzelpersonen und Gruppen, die öffentliche Solidaritätsbekundungen mit Israel und den Opfern des Hamas-Massakers sowie Proteste gegen Antisemitismus organisierten. Die Proteste fanden zum Teil in unmittelbarer Nähe zu antiisraelischen Versammlungen statt. Gerade dort kam es mehrfach zu äußerst aggressiv vorgetragenen Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen durch Teilnehmer_innen der antiisraelischen Versammlungen.

Siegen, 2. Dezember

Die Organisatorin israelsolidarischer Versammlungen in Siegen schilderte in einem Pressebericht antisemitische Reaktionen und Angriffe bei der ersten Demonstration am 2. Dezember. So befürwortete ein junger Syrer die Schoa. Er sagte in Richtung des Gegenprotests, es sei gut gewesen, dass Deutschland im Dritten Reich zig Millionen Juden umgebracht habe. Er wurde daraufhin angezeigt. Zudem wurden die Gegendemonstrant_innen fotografiert und angegriffen. So wurden sie aus einem Auto heraus bespuckt und es wurde ihnen der Mittelfinger gezeigt.

Israelsolidarische und antisemitismuskritische Gegendemonstrant_innen wurden darüber hinaus vereinzelt von Aktivist_innen mit einem roten Dreieck markiert. Diese Form der Feindmarkierung geht auf die Hamas zurück, die das rote Dreieck seit dem 7. Oktober in Propagandavideos als Markierung für ihre Terrorziele verwendet. Diese Form der Feindmarkierung allein stellt nach RIAS-Kriterien keinen antisemitischen Vorfall dar. Für die Betroffenen waren diese Markierungen jedoch besonders bedrohlich und einschüchternd und verdeutlichen das aggressive Handeln gegenüber Gegendemonstrant_innen. Israelsolidarische Kundgebungen konnten aufgrund solcher Bedrohungen und Angriffe nur unter Polizeischutz stattfinden.



Düsseldorf, 14. Oktober

© Privat

Ablehnung von und Angriffe auf Solidaritätsbekundungen mit Israel äußerten sich auch im Diebstahl und der Beschädigung von Israelfahnen an öffentlichen Gebäuden wie Rathäusern oder Kirchen. Insgesamt wurden RIAS NRW seit dem 7. Oktober bis zum Jahresende 62 solcher Diebstähle oder Beschädigungen in 37 Städten bekannt. In einigen Städten kam es wiederholt zu solchen Vorfällen, so wurden in Gronau sechsmal Israelfahnen gestohlen oder beschädigt und in einem Fall davon verbrannt. In Aachen wurden fünfmal und in Witten viermal israelische Fahnen an Amtsgebäuden zerstört oder gestohlen.

Gelsenkirchen, 5. November

Die Rheinische Post berichtete, dass in Gelsenkirchen ein Mann eingriff, als er drei Männer beobachtete, wie diese vor dem Rathaus eine israelische Fahne entwendeten. Nachdem er die Männer angesprochen hatte, sprang einer von ihnen vom Fahnenmast und schlug auf den Mann ein. Dieser wurde dabei leicht verletzt. Die drei Männer flüchteten nach dem Vorfall, das Opfer wurde ambulant im Krankenhaus behandelt.

ANGRIFFE AUF DIE ERINNERUNG

Nach dem 7. Oktober waren es vor allem Vorfälle mit israelbezogenen antisemitischen Narrativen und Formen des Post-Schoa-Antisemitismus, die in Kombination auftraten. So konnte diese spezifische Überschneidung in insgesamt 60 von 432 Fällen dokumentiert werden. In 18 von 60 Fällen wurden gezielt Gedenkorte für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Jüdinnen_Juden geschändet, wobei durch Schmierereien und Aufkleber ein expliziter Bezug zum Gaza-Krieg hergestellt wurde.



Bereits kurz zuvor war das Mahnmal in Gelsenkirchen mit zahlreichen „Free Palestine“-Aufklebern beklebt worden.

Mit den Parolen „Free Palestine“ und „Free Gaza. Stop Terror Israel“ auf dem Mahnmal missbrauchten die Täter_innen das Gedenken an die Schoa und verhöhnten dadurch alle Opfer von Antisemitismus, auch jene, die während des Massakers der Hamas ermordet wurden. Hier zeigt sich, dass es nicht um legitime Kritik am Staat Israel geht, sondern um Hass auf Jüdinnen_Juden. Der Vorfall zeigt zudem exemplarisch eine Täter-Opfer-Umkehr, die für den Post-Schoa-Antisemitismus charakteristisch ist. So werden die Opfer der Nazis von damals zu den Tätern von heute im Gaza-Krieg gemacht, indem suggeriert wird, die Jüdinnen_Juden von heute verhielten sich wie die Nazis von damals. Der Vorwurf eines zweiten Holocaust in Gaza, wie er auf Transparenten bei israelfeindlichen Demonstrationen am 14. Oktober und 4. November in Düsseldorf erhoben wurde, ist nicht nur faktisch falsch, sondern relativiert auch die Präzedenzlosigkeit der Schoa.



Düsseldorf, 4. November

© Antifa-Infoportal Düsseldorf



Düsseldorf, 14. Oktober

© Antifa-Infoportal Düsseldorf



Lieber Semesterbeitrag senken, statt sich mit einer Apartheid zu solidarisieren, die sich ihre Inspo zur Unterdrückung bei Hitler holt.



1 Wo. Gefällt 60 Mal Antworten

— Antworten ansehen (4)

Kommentar unter einer
Solidaritätsbekundung auf Instagram, 11. Oktober



übrigens ist es etwas komisch zu sehen, dass Deutsche einen zweiten Holocaust nicht erkennen können und ihn dennoch unterstützen. Ich dachte, die Deutschen tun sich leid



6 Tage Antworten

Kommentar unter einer
Solidaritätsbekundung auf Instagram, 11. Oktober



Düsseldorf, 4. November

© Antifa-Infoportal Düsseldorf

Antisemitische, erinnerungsabwehrende Aussagen wurden aus unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Milieus erfasst. Dabei lassen sich Aussagen identifizieren, die an eine Schuld kult-Rhetorik der extremen Rechten angelehnt sind. „Mit ihm [dem politischen Kampfbegriff „Schuld kult“] werden die Schuld und Verantwortung Deutschlands für die NS-Verbrechen sowie deren Folgen abgewertet, verharmlost, abgewehrt und/oder geleugnet. Die andauernde Auseinandersetzung mit den Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Erinnerung an deren Opfer werden nicht als gesellschaftliche Aufgabe, sondern als Unterdrückung der Deutschen durch ‚fremde‘ respektive ‚jüdische‘ Mächte dargestellt. Auch künftige Generationen von Deutschen würden mit einer, wie es heißt, immerwährenden Kollektivschuld belastet und ‚klein gehalten‘, um wirkliche nationale Souveränität und Größe zu verhindern.“¹¹ Nach dem 7. Oktober wurden vermehrt ähnliche Argumentationsmuster aus dem antiisraelischen, linken/antiimperialistischen und islamisch/islamistischen Milieu dokumentiert. So zeigte ein Teilnehmer einer israelfeindlichen Kundgebung in Herne am 4. November ein Plakat mit der Aufschrift „Free Palestine from German Guilt“. In einem Flugblatt einer islamistischen Gruppierung, das unter anderem auf Demonstrationen und an Universitäten verteilt wurde, hieß es:

„[...] Vor allem Deutschland unterstützt das zerstörerische Vorgehen der Zionisten und ihr koloniales Konstrukt. ‚Bedingungslose Solidarität‘ und ‚Verantwortlichkeit für die Sicherheit Israels‘ - das ist die Position der Bundesrepublik. Damit stellt sich Deutschland auf die Seite der Täter und trägt Mitschuld an den Massakern der Zionisten. Begründet wird das mit der eigenen Geschichte und der ‚ewigen Schuld‘ Deutschlands, von der es sich auf Kosten Palästinas reinwaschen möchte [...].“

Der Bundesregierung wird vorgeworfen, ein unterstelltes Massaker in Gaza aus moralischer Verantwortung gegenüber Israel geschehen zu lassen. Die implizite Forderung nach einem Schlussstrich unter die spezifische Erinnerung im postnazistischen Deutschland ist eine manifeste Erinnerungsabwehr.

11 Steder, Alexander & Lorenz-Milord, Alexander (2024). Antisemitismus erkennen. Symbole, Codes und Parolen. S. 56. URL: <https://www.regishut.de/de/topic/5.ver%C3%B6ffentlichungen.html> [Zugriff am 12.04.2024]



Düsseldorf, 21. Oktober
© Antifa-Infoportal Düsseldorf



Düsseldorf, 14. Oktober
© Antifa-Infoportal Düsseldorf

Jüdische Perspektiven auf den 07. Oktober aus NRW

Ein Rabbiner einer jüdischen Gemeinde in NRW

Der 7. Oktober markiert einen düsteren Wendepunkt, der tiefe Erschütterung und Besorgnis in mir ausgelöst hat. Als Rabbiner und Mitglied der jüdischen Gemeinschaft habe ich die Ereignisse dieses Tages sowohl beruflich als auch privat intensiv wahrgenommen.

Die Auswirkungen des Hamas-Massakers waren nicht nur in Israel spürbar, sondern haben auch in Nordrhein-Westfalen eine Welle des Unbehagens und der Angst ausgelöst. Die zunehmende Zahl antisemitischer Vorfälle in der Region ist alarmierend und erfordert dringend Maßnahmen.

In meinem Umfeld, sowohl innerhalb der jüdischen Gemeinschaft als auch unter meinen nicht-jüdischen Bekannten, habe ich eine Vielzahl von Reaktionen erlebt. Einige zeigten sich solidarisch und unterstützend, während andere möglicherweise die Komplexität der Situation nicht vollständig erfassten. Es ist jedoch ermutigend zu sehen, dass viele Menschen bereit sind, gegen Antisemitismus einzutreten und Solidarität zu zeigen.

In der jüdischen Gemeinde NRWs haben sich die Auswirkungen des Hamas-Massakers deutlich bemerkbar gemacht. So mussten zwei Schüler unserer Gemeinde aufgrund von persönlichen Anfeindungen innerhalb der Schule die Einrichtung wechseln. Trotz der schwierigen Situation erhielten sie nicht ausreichend Unterstützung von Lehrern oder der Schulleitung, was eine bittere Realität offenbart: Antisemitismus bleibt an vielen Bildungseinrichtungen unzureichend adressiert. Makaber ist dabei, dass viele der Schulen, an denen solche Probleme auftreten, den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen.

Darüber hinaus sind auch andere Schülerinnen und Schüler der Gemeinde ebenfalls von den Vorurteilen betroffen. Sie werden oft fälschlicherweise als „Nahostexperten“ betrachtet und sogar persönlich für das Handeln der israelischen Regierung oder der IDF (Israel Defense Forces) verantwortlich gemacht. Diese falschen Zuweisungen haben bereits zu Konfrontationen geführt, in denen eine Schülerin sich verteidigen musste, warum sie die israelische Regierung nicht kritisiere.

Die Gleichsetzung von Israel und ihrer Regierung mit jedem einzelnen Juden weltweit ist leider keine Neuigkeit. Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde haben daher erneut die Empfehlung erhalten, sich nicht öffentlich als jüdisch zu erkennen zu geben, was insbesondere ältere Mitglieder emotional belastet.

Besonders bedrückend ist die Situation für Mitglieder der jüdischen Gemeinde, die ihre Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion haben, insbesondere in der Ukraine. Sie sind mit einer Doppelbelastung konfrontiert: Zum einen sorgen sie sich um ihre Freunde und Verwandte in der Ukraine, zum anderen um jene in Israel.

In Anbetracht dieser Herausforderungen ist es dringend erforderlich, dass die Gesellschaft als Ganzes entschlossen gegen Antisemitismus vorgeht. Bildungseinrichtungen müssen gezielt sensibilisiert werden, um Vorurteile und falsche Zuweisungen zu bekämpfen. Die Politik sollte klare Verurteilungen aussprechen und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus ergreifen.



Sima Purits

Geschäftsführerin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), aktiv bei NetzerGermany e.V. (NeGeV), im Vorstand des Jüdischen Studierendenverbandes NRW (JSV NRW) und Teil des Landecker-Hillel Leadership Incubators

Als junge jüdische Studentin und Aktivistin habe ich die Ereignisse vom 7. Oktober mit großer Besorgnis und Trauer wahrgenommen. Der Anschlag in Israel war ein schrecklicher Akt, der uns alle zutiefst erschüttert hat. Trotz der ständigen Unruhen und Konflikte im Nahen Osten hätte ich mir eine solche Situation niemals vorstellen können. Seit der Schoa hat es kein so großes Massaker an der jüdischen Bevölkerung mehr gegeben. Ich habe selbst eine Zeit lang in Israel gelebt und habe dort viele Freunde und Familie. Ich stehe in tiefer Trauer und in Gedanken bei den Menschen, die leider auf Grund der Taten der Hamas gestorben sind oder die jemanden aus ihrer Familie verloren haben.

In meiner Arbeit als Aktivistin habe ich ebenso starke Einschnitte erlebt. Sobald etwas in Israel passiert, hat dies immer massive Auswirkungen auf das jüdische Leben in Deutschland. Unter anderem ist es für jüdische Menschen leider immer noch nicht sicher, ihre Identität offen zu leben, z.B. an Universitäten. Es ist erschreckend, dass in einem demokratischen Staat wie Deutschland Menschen auf die Straße gehen und die Ermordung unzähliger Menschen zelebrieren können. Es kann nicht sein, dass Juden und Jüdinnen sich hier nicht sicher fühlen, da sie aufgrund ihrer Religion, dem Sprechen auf Hebräisch oder ihrer Position zu Israel angegriffen werden.

Ich hätte mir von Seiten der Politik, der Zivilgesellschaft und der Behörden eine entschiedenere Verurteilung von Antisemitismus gewünscht. Ebenso müssen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit jüdischer Einrichtungen und zur

Bekämpfung von Hassverbrechen verstärkt werden. Dabei sehe ich die größten Herausforderungen in der Notwendigkeit einer verbesserten Aufklärung über Antisemitismus und die Schoa in Schulen und Universitäten sowie in der Bewältigung von Antisemitismus im öffentlichen Raum, z.B. bei Demonstrationen, wo antisemitische Parolen und Symbole leider oft präsent sind. Es erfordert eine koordinierte und umfassende Anstrengung auf allen Ebenen der Gesellschaft, um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

Jedoch habe ich auch etwas Hoffnung. Wenn ich den anhaltenden Zusammenhalt der jüdischen Bevölkerung auf der ganzen Welt und die Solidarität mit Israel, auch von nicht jüdischen Menschen, sehe, denke ich, dass wir weitermachen müssen und für unsere Existenz sowie die Demokratie kämpfen sollten. Ich finde, es muss verstärkt darauf hingearbeitet werden, dass die Bekämpfung von Antisemitismus und Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen Priorität hat. Die Sicherheit jüdischer Einrichtungen muss verbessert und effektivere Maßnahmen ergriffen werden, um Hassreden und Antisemitismus zu bekämpfen. Der Anschlag vom 7. Oktober hat uns allen gezeigt, wie dringend diese Arbeit ist und wie wichtig es ist, sich gegen Antisemitismus und Extremismus in all seinen Formen zu stellen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, für eine Gesellschaft einzutreten, die Vielfalt und Toleranz fördert und solche Gewalttaten niemals akzeptiert.



Herbert Rubinstein

Ehemaliges Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und ehemaliger Geschäftsführer des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, sowie ehemaliges Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Düsseldorf e.V.

Der Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober war zumindest für mich die Bestätigung eines sehr beunruhigenden Bauchgefühls, das mich seit Wochen plagte. Ich bin ein politisch sehr interessierter und engagierter Mensch, immer gewillt, Menschen zueinander zu bringen und friedliche Lösungen anzustreben. In meinem langen Leben nahm ich immer wieder Unwissenheit, Lügen, Überheblichkeit und Minderwertigkeitskomplexe, Machtstreben, Eigensinn und Geschichtsverdrehung wahr, die ein friedliches Miteinander verhindern. Und dabei einen seit Jahrhunderten weltweit bestehenden Judenhass, der für so viel Unheil verantwortlich ist.

Israel wurde nicht erst am 6. und 7. Oktober massiv aus Gaza mit Tausenden von Raketen beschossen. Qualität und Quantität hatten sich ja seit Anfang des Beschusses vor Jahren immer weiter gesteigert. Obwohl sich Israel bereits 2005 aus Gaza zurückgezogen hatte, in der Hoffnung, dass dort ein friedlicher Nachbar entstehen würde, entstand das Gegenteil. Nun galten und gelten die Bewohner von Gaza einem verbreiteten Narrativ nach als „Opfer“. Die Tsunamis an Geldströmen seitens der UN, der EU (mit Deutschland in der vordersten Reihe) und der arabischen Ölländer, angeblich für ein neues Dubai am Mittelmeer in Gaza, zum Wohle der dort von der Hamas in Geiselhaft befindlichen eigenen Bevölkerung, wurden überwiegend für Waffen und Tunnelbauten verwendet, um die Umsetzung der Charta der Hamas vorzubereiten: Die Auslöschung des Staates Israel.

7. Oktober 2023 und die Wochen danach:

Höchste Alarmstufe in den Jüdischen Gemeinden, auch in NRW. Nicht nur die seit Jahren nie abbreißenden Angriffe auf Juden und die aus dem Iran gesteuerten und als „Palästinenser-Demonstrationen“ in vielen deutschen Städten stattfindenden Aufmärsche voller Judenhass, die von deutschen Gerichten als Meinungsfreiheit genehmigt und viel zu lange nicht als Volksverhetzung eingestuft wurden, bereiteten und bereiten den Verantwortlichen in den Jüdischen Gemeinde schlaflose Nächte. Zumal die Hamas über alle sozialen Medien weltweit zur Ermordung von Juden aufruft und die Hilflosigkeit fast aller westlichen Politiker für ihre Ziele nutzt.

Die Judenfeindschaft an Universitäten, Schulen und in weiten Teilen der Zivilgesellschaft hat sich seit dem 7. Oktober erheblich gesteigert, nicht nur in Deutschland. Sie wird öffentlich sichtbarer und leider auch aggressiver, was Ängste bei vielen von uns hervorruft, aber sie lässt auch Maßnahmen zur Bekämpfung zu, obwohl die Behörden da hinterherhinken und viel zu spät reagieren. Ich wünsche mir einfach für uns alle, als Bürger und friedliebender Familienmensch, dass alle, die für das Gemeinwesen Verantwortung tragen, das Grundgesetz ernst nehmen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Da steht „des Menschen“ ohne weitere Differenzierung, das gilt es in den Mittelpunkt zu stellen. Die Erziehung, die Geschichtsvermittlung, die Informationen, der Unterricht, sie sollten darauf konzentriert werden, soweit das noch nicht erfolgt ist, zu vermitteln, dass Kriege, Hass, Habsucht, Überheblichkeit und Zwietracht nur Elend und Zerstörung bewirkt haben, seit der Existenz der Menschheit. Der 7. Oktober war der Ausbruch der Hölle auf Erden, mit dem Ziel, diesen Ausbruch weltweit fortzusetzen. Das sollten wir gemeinsam mit allen Anstrengungen verhindern und diejenigen, die unser Recht auf Leben bestreiten, nicht ihre wirren Ziele erreichen lassen. Über Israel steht schon in der Thora, in den fünf Büchern Mose, dass der Frieden, der Shalom, von dort weltweit ausgehen wird. Das kann aber nur erfolgen, wenn die Staaten in der Region diesen ebenfalls wünschen. Wo ein Wille ist, da gibt es auch einen Weg.

Über RIAS NRW

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) dokumentiert antisemitische Vorfälle im Bundesland und unterstützt Betroffene. RIAS NRW ist ein wichtiger Baustein in der Prävention und der Bekämpfung von Antisemitismus. Denn erst durch die kontinuierliche niedrigschwellige Dokumentation und die wissenschaftliche Auswertung nach bundesweit einheitlichen Standards im RIAS Bundesverband, wie zum Beispiel in diesem Jahresbericht, ist es möglich, ein genaueres Bild von den Erscheinungsformen des Antisemitismus zu zeichnen. Wie äußert sich Antisemitismus konkret, von wem geht er aus, gegen wen richtet er sich?

Jüdinnen_Juden sind in NRW regelmäßig mit Antisemitismus konfrontiert. Diese Anfeindungen bleiben jedoch in einem Dunkelfeld verborgen, wenn es keine ausreichende quantitative und qualitative Dokumentation von Antisemitismus gibt. RIAS NRW hat im April 2022 seine Arbeit als Meldestelle aufgenommen und damit begonnen, dieses Dunkelfeld aufzuhellen, Antisemitismus sichtbar zu machen und die Perspektiven der Betroffenen zu stärken. Dokumentiert werden dabei Vorfälle unabhängig vom politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter_innen und auch solche, die keinen Straftatbestand erfüllen. Das Ausmaß nicht strafrechtlich relevanter antisemitischer Vorfälle ist der Öffentlichkeit zumeist unbekannt, aber auch strafrechtlich relevante antisemitische Diskriminierungen und Übergriffe bleiben oft undokumentiert. Häufig werden sie von den Betroffenen aus mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen und aufgrund negativer Erfahrungen mit der Polizei nicht zur Anzeige gebracht. Zu oft bleiben Anzeigen für die Täter_innen ohne Konsequenzen, antisemitische Straftaten werden bagatellisiert oder nicht als solche erkannt. Immer wieder fühlen sich Betroffene deshalb dem Antisemitismus hilflos ausgeliefert, ohne ausreichende Unterstützung durch Gesellschaft und Behörden. Angst und Resignation sind die Folge. RIAS NRW ergreift hier Partei und orientiert sich an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen und jener, die als Zeug_innen antisemitische Vorfälle miterlebt haben. Darüber hinaus werden den Betroffenen je nach persönlichem Bedarf und Wunsch im Rahmen einer Verweisberatung psychosoziale Beratungsangebote und weitere Unterstützungsangebote vermittelt. Um auch die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft für das Phänomen und die Problemlage zu sensibilisieren, berichtet RIAS NRW regelmäßig über antisemitische Vorfälle im Bundesland und veröffentlicht einzelne Vorfälle in Absprache mit den Betroffenen auf seinen Social-Media-Kanälen. Dabei entscheiden allein die Betroffenen, was mit ihren Informationen geschieht. Darüber hinaus steht RIAS NRW im kontinuierlichen Austausch mit verschiedenen Behörden und macht politische und mediale Akteur_innen auf die Perspektiven der Betroffenen aufmerksam, um Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozesse anzustoßen. Der Schutz persönlicher Daten ist für RIAS NRW von großer Bedeutung. Es ist daher besonders wichtig, dass bei der Nutzung des Meldeformulars als auch während einer sich eventuell anschließenden Verweisberatung bei der Verarbeitung von personenbeziehbaren Daten stets die gesetzlichen Vorgaben zu deren Schutz eingehalten werden, Meldende jederzeit über ihre damit verbundenen Rechte informiert sind und diese wahrnehmen können.¹²

12 Unter folgendem Link können die Datenschutzhinweise nachgelesen werden
<https://www.report-antisemitism.de/privacy/>

Anhang:

Datengrundlage und Arbeitsweisen

Als **extreme Gewalt** werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Entführungen, Messerangriffe oder Schüsse.

Als **physischer Angriff** wird jeder körperliche Angriff auf eine Person gezählt, der nicht lebensbedrohlich ist und keine starken körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen sich die Betroffenen verteidigen oder die Flucht ergreifen. Als versuchter Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (wie Steine, Flaschen etc.) gewertet, selbst wenn diese ihr Ziel verfehlen.

Als **Sachbeschädigung** zählt RIAS das Sprühen, Malen oder Schmieren antisemitischer Slogans oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie die Beschädigung von jüdischem Eigentum oder von Orten der Erinnerung an die Schoa.

Als **Bedrohung** wird jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder mündliche Drohung gewertet. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die Konkretheit ist dann gegeben, wenn die Bedrohung gegen eine konkrete Person, eine Personengruppe oder Institution gerichtet ist.

Die Kategorie **verletzendes Verhalten** schließt sämtliche Vorfälle ein, bei denen Jüdinnen_Juden oder jüdische Institutionen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text selbst antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren fallen in diese Kategorie antisemitische Aussagen, die sich schriftlich oder mündlich gegen Nicht-Jüdinnen_Juden richten, antisemitische Schmierereien oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum sowie Demonstrationen oder Kundgebungen unter freiem Himmel bzw. öffentlich zugängliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, wenn entweder auf den Versammlungen selbst (in Form von Wortbeiträgen, gerufenen Parolen, gezeigten Transparenten oder verteilten Propagandamaterialien) oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind.

Als **Massenzuschriften** kategorisiert RIAS antisemitische Texte, die sich an mindestens zwei Adressat_innen richten oder die auf andere Art und Weise der massenhaften Verbreitung ein möglichst breites Publikum erreichen sollen..

Erscheinungsformen

Inhaltlich unterscheidet RIAS NRW bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden.

Religiös begründete Stereotype sind Teil des **antijudaistischen Antisemitismus**, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich.

Wird Jüdinnen_Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmmythen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet.

Der **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf die Ermordung der Jüdinnen_Juden im Nationalsozialismus, beispielsweise wenn die Erinnerung daran abgelehnt wird.

Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird oder antisemitische Stereotype auf Israel übertragen werden..

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS NRW klassifiziert den politischen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt sich jedoch auf der Grundlage der Informationen, die RIAS NRW vorliegen, dieser politische Hintergrund nicht eindeutig bestimmen. Grundsätzlich unterscheidet RIAS NRW zwischen folgenden sieben politischen Spektren:

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. **Rechtsextremismus** wird als Sammelbegriff verwendet für anti-moderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Verbindendes Element des Rechtsextremismus sind Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, das Streben nach ethnischer Homogenität von Völkern und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. **Rechtspopulismus** wird hingegen als Sammelbegriff für eine abgemilderte

und modernisierte Variante des Rechtsextremismus verstanden. Während der traditionelle Rechtsextremismus die Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, insbesondere Rassismus und Antisemitismus, vorwiegend biologistisch begründet, bedient sich der Rechtspopulismus vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus verfolgt nicht die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, wie der Rechtsextremismus, sondern ihre autoritäre Umformung und Aushöhlung. Rechtspopulismus wird des Weiteren als eine bestimmte Form politischer Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf die scharfe Abgrenzung von und Entgegensetzung zu bestimmten politischen Eliten abzielt und sich zumindest nach außen hin von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.

Als **links/antiimperialistisch** wird ein Vorfall klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken, darunter auch fundamentalistische, verbunden sind, und bei denen kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, darunter auch islamistische, verbunden sind und bei denen kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert.

Einem **verschwörungsideologischen Milieu** werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können im herkömmlichen politischen Spektrum mitunter nicht eindeutig verortet werden.

Auch für das Milieu des **israelfeindlichen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum israelfeindlichen Aktivismus zählt RIAS NRW beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die im Sinne der RIAS-Kategorien weltanschaulich nicht als rechtsextrem/rechtspopulistisch, links-antiimperialistisch oder religiös-fundamentalistisch verortet werden können und deren Akteure für sich beanspruchen, eine demokratische Position einzunehmen.

Datengrundlage

Ein großer Teil der dokumentierten Vorfälle wurde RIAS NRW direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.rias-nrw.de bzw. www.report-antisemitism.de mitgeteilt. Jüdische und israelische Organisationen mit Sitz in NRW werden regelmäßig gefragt, ob es ihnen gegenüber zu antisemitischen Anfeindungen kam bzw. melden diese. Darüber hinaus fließen auch Erhebungen und Beobachtungen anderer zivilgesellschaftlicher Projekte und Träger, die ebenfalls in der Antisemitismusprävention tätig sind, in diesen Bericht ein.

RIAS NRW arbeitet eng mit der Fachstelle gegen Antisemitismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln zusammen. Als Kooperationspartner stellt die Kölner Meldestelle unter Berücksichtigung aller datenschutzrelevanten Auflagen Vorfallszahlen aus Köln für den Jahresbericht von RIAS NRW zu Verfügung.

Für das Jahr 2023 wurde kein Abgleich zwischen der polizeilichen Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) und den bei RIAS NRW gemeldeten Vorfällen vorgenommen. Von den 664 RIAS NRW bekannt gewordenen Vorfällen wurden laut Angaben der Meldenden 198 Vorfälle, das heißt in 30 Prozent der Fälle, bei der Polizei angezeigt. Ein Abgleich mit der PMK-Statistik unter Berücksichtigung der bereits dargestellten RIAS-Kategorien wird angestrebt.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeuge von antisemitischen Vorfällen sind!
Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов!
Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Report Antisemitism!

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents! Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.



RIAS Nordrhein-Westfalen
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Nordrhein-Westfalen

UNSERE ANGEBOTE

- ▶ Vertrauliche Annahme von Meldungen
- ▶ Unterstützung bei Anzeigenstellung
- ▶ Vermittlung von weiteren Beratungsangeboten
- ▶ Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen
- ▶ Auskünfte zu antisemitischen Erscheinungsformen

Jederzeit können Sie uns Ihre Erfahrungen und Beobachtungen zu antisemitischen Vorfällen mitteilen:

www.rias-nrw.de | 0211 / 822 66 03 33 | info@rias-nrw.de



facebook.com/RIASNRW



instagram.com/rias_nrw



x.com/Report_Antisem (Account des Bundesverbands)

In Trägerschaft des



Verein für Aufklärung
und demokratische
Bildung e.V.

Gefördert durch

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

